

Kostenlos!

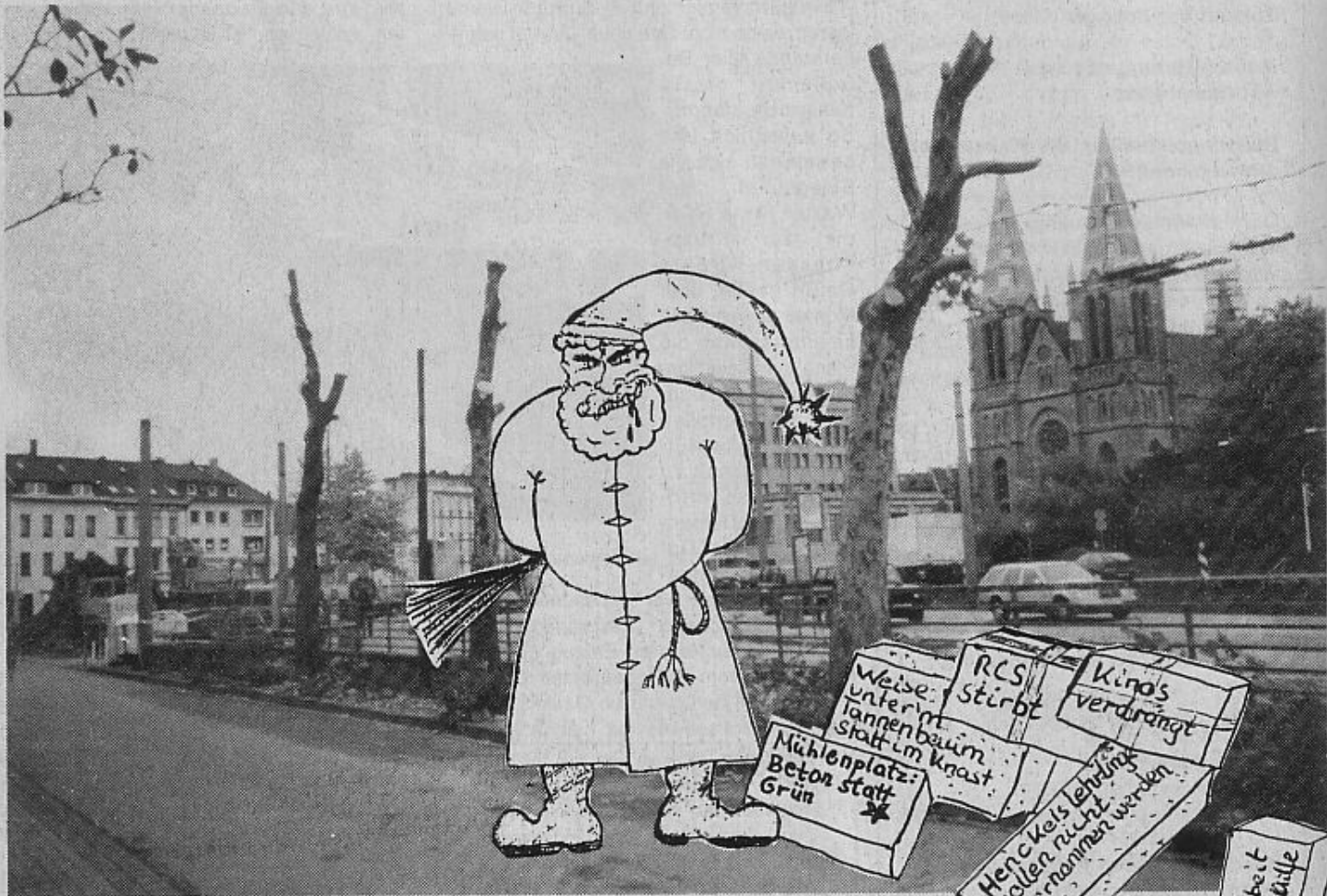
Ausgabe Acht

Dezember 1997

# tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

## Weihnachten fällt aus



**Zwangsarbeit  
für Sozialhilfe-  
empfänger-  
Innen?  
Seite 4**

**Coco Teuber  
über die  
Zukunft der  
Solinger Kinos  
Seite 5**

**Der Fall  
Weise  
Seite 8 und 9**

**hexenblatt  
berichtet über  
Hexen-  
verfolgung  
Seite 12 und 13**

# Inhalt

1997 - Das Jahr des Arbeitsplatzkahlenschlags ins Sollingen	2
Diskotheek Libelle wurde die Nachtkonzession entzogen Schlafe, mein Kindlein, schlaf fein in der Schlafstadt Sollingen	3
Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen in Solingen?	4
Interview mit Coco Teuber über die Zukunft der Solinger Kinos	5
Modernisierung der Stadt - Ein Abbruchprojekt	6
Bekennerschreiben zur Plakataktion am Mühlenhof	7
Der Fall Weise in Solingen Stellungnahme von SOS-Rassismus AntifaschistInnen "besuchen" Weise Gnadengesuchsteller entpuppt sich als brauner Propagandist	8 9
Landgericht im tacheles-Prozeß: Presseerklärung von SOS-Rassismus Kissel ist ein Volksverhetzer	10 11
Hexenblatt Hexenverfolgung - ein dunkles Kapitel in der Frauengeschichte Auf den Spuren der Bergischen Hexen	12 13
Land in Sicht für das Aufderhöher Freibad	14
Spiel nicht mit den Schmuttelkindern oder das Ende des BIBO am Werwolf	15
Wieder gefährden Politiker das Wohnprojekt der AWN	16
Stadtflucht auf höchster Ebene: Rathaus in die Ohligser Heide	17
Journalistische Lehrjahre in der Provinz, Teil 1	18
Die kleine Reise nach Feuerland Besuch einer Kommune	20
LeserInnenbriefe	23
Gruppentermine, Bürgerfunktermine, Veranstaltungstermine	24

## 1997 - das Jahr des Arbeitsplatzkahlenschlags in Solingen

Entlassungen bei Großmann, Kortenbach +Rauh, Schließungspläne für RCS, Kieserling und die SILAG Metallwaren AG, Nichtübernahmeabsichten des 4. Lehrjahrs bei Henckels-Zwillingwerk sowie die Aufgabe einer Reihe von kleineren Geschäften und Gaststätten werden dieses bzw. nächstes Jahr zum Nachkriegsrekordjahr der Arbeitsplatzvernichtung in Solingen werden lassen, wenn nicht eine neue Qualität des Widerstands aller Betroffenen diesen Kahlenschlag stoppt. So beharrlich und beispielhaft sich die Belegschaft der Walder Firma RCS, die zur Krupp-Thyssen-Nirosta GmbH gehört, über Monate gewehrt hat, so interessant die Pläne der Kieserling-Kolleg-Innen sind, am traditionellen Standort eine Aufgangsgesellschaft zu gründen, so erfrischend die Demonstration dieser "Opposition von unten" vom 8. November war (ein spontanes Bündnis von Belegschaften, Gaststätten, Geschäften und der unter dem Entzug der Nachtkonzession vom Ruin bedrohten Diskothek "Libelle"), an dem sich die Gewerkschaften unverständlicherweise nur halbherzig betei-



Foto: Thomas Lorbach

Der gemeinsame Demonstrationszug auf der Konrad-Adenauer-Straße

neuen sozialkulturellen Bündnissen öffnen müssten, anstatt kleinkarierte Avantgardeansprüche aufrechtzuerhalten. Natürlich kann das nur funktionieren, wenn alle Beteiligten sich darüber klar werden, daß im Rahmen beschränkter Möglichkeiten kommunaler Einflußmöglichkeiten qualitativ neue Formen der Gegenwehr, gemeinsam gesucht und gefunden werden müssten. Diesbezüglich hat noch niemand den Stein der Weisen gefunden. Weder Dauerstreik, noch eine konzertierte Aktion eines kommunalen Bündis für Arbeit reichen da aus. Die richtigen Antworten müssen wohl in einem gemeinsamen Aktions- und Diskussionsprozeß gefunden werden.

Herzlichen Dank an alle, die mit ihrer Spende, mit ihrer Unterstützung bei den Prozessen und mit der Thematisierung von Kissels Rolle dazu beigetragen haben, daß die **tacheles** einen schwierigen und wichtigen Prozeß gegen den Solinger Auschwitzleugner, Volksverhetzer und Bauunternehmer Günther Kissel gewinnen konnte!  
Eure **tacheles**-Redaktion

H.O. Bones

### Letzte Meldung: Libelle ist verkauft!

Soeben erreichte uns die Nachricht, daß die Libelle den Besitzer gewechselt hat. Da die bisherigen Libellenbetreiber nicht bereit waren ihren 10jährigen Mietvertrag vorzeitig zu beenden kaufte der Schneidwarenhersteller und Schnäppchenjäger Siegfried Lapawa, der sich stetig bemüht, der König von Gräfrath zu werden, kurzerhand das gesamte Anwesen vom Beckmann-Clan. In der Libelle soll

vorerst ein Cafe eingerichtet werden, ob der Standort für ein Nachtlokal beibehalten wird, hängt nun vom weiteren Verhalten des Ordnungsamtes ab. Der bisherige Geschäftsführer Guillermo Ribes-Vicente wird nun seine Ankündigung wahr machen und Solingen verlassen um außerhalb eine neue Lokalität zu suchen.



# Schlafe mein Kindlein, schlaf fein - in der Schlafstadt Solingen

## Diskotheek Libelle wurde die Nachtkonzession entzogen

Einen weiteren Schritt um alle jung Gebliebenen, die auch zu fortgeschrittener Stunde noch das Tanzbein schwingen wollen, aus der Stadt zu vertreiben, unternahm wieder einmal das allseits beliebte Ordnungsamt. Der Libelle wurde im Oktober nach Anwohnerbeschwerden die Nachtkonzession für die Sperrstunde am Wochenende von 1 bis 5 Uhr morgens entzogen. Und das obwohl sich die Gräfrather Szene-Lokalität, die schon seit vielen Jahren zahlreiche BesucherInnen aus Solingen und Umgebung anzieht, eigentlich an einem optimalen Standort mit wenigen direkten AnwohnerInnen befindet.

### "Lärm" außerhalb der Diskotheek als Anlaß

Dabei hatten die Libelle-Macher alles Menschenmögliche unternommen, um die Situation zu verbessern, nachdem im Januar die ersten Beschwerden über zu laute Musik eintrafen. Es wurde eine zweitürige Lärmschleuse eingebaut, eine kleinere Anlage angeschafft und eine elektronische Begrenzungsanlage integriert, die die Musiklautstärke automatisch heruntersteuert, falls ein DJ doch einmal die Regler zu weit aufdreht. Messungen ergaben nun einen Lautstärkepegel von 49 db, ein Wert der im gesetzlich vorgeschriebenen Toleranzbereich liegt. Doch wer nun glaubte, daß alle Beteiligten zufrieden gestellt wären, hatte nicht mit der Pffiffigkeit einiger Solinger Bürger gerechnet. Denn anstatt die Beschwerden einzustellen, wurden kurzerhand andere "Lärm"-macher gefunden. So hatten die Besucher der Libelle doch glattweg die Frechheit besessen, die Diskothek mit dem Auto aufzusuchen und nicht nur bei der An- und Abfahrt Lärm zu verursachen, sondern auch noch auf der Straße Gespräche zu führen. Bei letzterem wurden bei einer Messung sage und schreibe 70 db festgestellt, folglich blieb für das Ordnungsamt nur eine Konsequenz übrig: Die Libelle muß weg!

### Bestechende Logik des Ordnungsamtes

Da hilft auch die Tatsache wenig, daß die Discothekenbetreiber ihren BesucherInnen schlecht vorschreiben können, was diese außerhalb der Lokalität treiben. Weitere An-

gebote von Geschäftsführer Guillermo Ribes-Vicente, den Eingangsbereich zu überdachen, um so den "Lärm"pegel der auf Einlaß wartenden Gäste zu reduzieren, scheiterten zudem am Einspruch des Besitzers des Nachbargrundstückes - zufälligerweise auch der Hauptbeschwerdeführer der AnwohnerInnen. Doch das Ordnungsamt ließ sich nicht beeindrucken, die Libelle mußte die Konzession "freiwillig" zurückgeben, um einem Rechtsstreit vorzubeugen.

Die Beschränkung der Öffnungszeiten bedeutet für das Nachtlokal wohl den Todesstoß,

### OB Uibel verweigert Entgegennahme gesammelter Unterschriften

Noch steht die Libelle allerdings nicht alleine da. Eine Demo in Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen wurde abgehalten, und 4000 Unterschriften für den Erhalt der Libelle gesammelt. Allerdings war es Oberbürgermeister Uibel bis jetzt nicht wichtig genug, diese entgegenzunehmen - die potentiellen Wählerfangaussichten erscheinen ihm in diesem Fall wohl nicht groß genug. Dabei müßte doch

allein schon der Arbeitsplatzgedanke ein gewisses Interesse wecken, sitzen die immerhin 12 Angestellten der Libelle mittlerweile auf der Straße, und auch das von der Libelle finanziell unterstützte Theaterprojekt Theatron & Art steht vor einer ungewissen Zukunft. Das letzte Stück "Criminal Hearts" erfuhr zwar einen regen Zuspruch mit 2 - 3 Vorstellungen pro Woche von Dezember bis April, doch reicht dies nicht, um eine eigene Finanzierung sicherzustellen. Für das im Dezember startende neue Stück "Alpenblühen" sind bereits Verträge abgeschlossen, so daß dieses Projekt trotz des vorhersehbaren finanziellen Verlustes durchgezogen werden soll.



Foto: Thomas Lorbach

### Die Libelle auf der Demo

da sich die Jugendlichen am Wochenende nicht mit einer Abendgestaltung bis 1 Uhr zufriedengeben und deshalb direkt das ohnehin viel interessantere Angebot in Düsseldorf oder Köln nutzen. Doch dies scheint für unsere "bürgernahen" Politiker und Stadtbedienstete nur schwer nachvollziehbar zu sein. Die Besucherzahlen gingen seit der Kürzung der Öffnungszeiten von je ca. 400 freitags und samstags auf praktisch null zurück. Der überregional besuchte, samstäglich kroatische Abend ist mittlerweile ganz eingeschlafen - wieder einmal ein Zeichen der so offenherzigen Solinger Gastfreundschaft gegenüber unseren ausländischen MitbürgerInnen. Der Freitag wird vom Geschäftsführer im Alleingang aufrechterhalten, um den Kontakt zu den verbliebenen Stammgästen zu halten. Auch möchte er ein positives Signal setzen, da er noch nicht bereit ist aufzugeben und auch weiterhin Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Die Perspektive in Solingen ist für Guillermo allerdings klar: entweder die Libelle in Gräfrath weiterbetreiben oder die Stadt verlassen. Denn ein angedachter Umzug wurde vom Ordnungsamt von vorneherein abgelehnt: Eine neue Konzession an einem anderen Ort wird nicht erteilt, so die lapidare Auskunft. So wird die Landflucht der Jugend aus Solingen systematisch weiter gefördert - mit all ihren bitteren Nebenwirkungen wie den immer wieder auftretenden alkoholbedingten Verkehrstopfern. Während an anderer Stelle ein Konsumtempel geschaffen wird, um angeblich die Kaufkraft nach Solingen zurückzuholen, wird sie hier systematisch und bewußt vertrieben.

Vielleicht wird demnächst auch noch den AnwohnerInnenbeschwerden gegen das Ohligser Getaway nachgegeben, und die Mitarbeiter des Ordnungsamtes können endlich ihrer Lieblingsbeschäftigung nachgehen - schlafen, schlafen, schlafen (und das nicht nur im Dienst).



# Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen in Solingen?

**Firmenpleiten und Rationalisierungen führen zu verstärkter Arbeitslosigkeit und erhöhen die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen. In dieser Situation plant nicht nur der Staat sondern auch die Stadt Solingen, bei den SozialhilfeempfängerInnen Kosten einzusparen.**

In der Sitzung des Sozialausschusses vom 11. 11. 1997 beschlossen SPD und Grüne bei Nichtmitwirkung von CDU und FDP die Zustimmung zu einer Verwaltungsvorlage des Sozialamtes zum städtischen Programm "Arbeit und Qualifizierung für arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen".

Ursprünglich gedacht als verbesserte Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen u. a. durch Lohnzuschüsse für die Arbeitgeber, entpuppt sich das Konzept als Infragestellung der Existenzsicherung durch Sozialhilfe.

Nach dem Beschluß sollen die ca. 5400 Solinger SozialhilfeempfängerInnen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren aufgefordert werden, dem "Stadtdienst Hilfen zur Arbeit" zusätzlich zu den bei der Beantragung von Sozialhilfe geforderten Unterlagen weitere Papiere zur Verfügung zu stellen: Über die "Art der Berufsausbildung(en) und die Zeit(en) der Berufsausübung, die Art und Dauer einer anderen Tätigkeit, die Art von beruflichen und anderen Qualifikationen (wie z.B. Führerschein, Schweißergaß etc.)". Wer hierbei nicht rechtzeitig mitmacht, hat schon ausgespielt: "Solange die Unterlagen nicht vollständig sind, kriegen die keinen Pfennig" sagte Sozialdezernent Drost - selbst dabei noch in der Manier des gutmütigen Großväterchens auftretend - in der Sozialausschußsitzung.

## Bei Weigerung: "Kürzung oder Einstellung der Sozialhilfe"

Der zuständige Sozialarbeiter soll dann für die Betroffenen Verträge mit Arbeitgebern abschließen. Diese müssen nicht den Tarifverträgen entsprechen: "Bei nachweisbaren Minderleistungen ist es aufgrund von Einzelvereinbarungen möglich, geringere als die tarifvertraglichen Vergütungen zu zahlen. (...) Weitere Ausnahmen von generellen Regeln müssen im Einzelfall vereinbart werden." Weigern sich die Betroffenen, die für sie ausgesuchte Tätigkeit zu den Konditionen "ihres" Sozialarbeiters anzutreten, wird ihnen kurzerhand das Lebensminimum entzogen: "In solchen Fällen sind durch die Kürzung oder auch Einstellung der Sozialhilfe die HilfeempfängerInnen zur Arbeitsaufnahme anzuhalten." Damit diese Konsequenz jedoch nicht durch etwaiges Mitleid eines städtischen Beamten verzögert wird, ist in der Vorlage gleich noch

ein Automatismus zur Sozialhilfekürzung eingebaut: "Liegt innerhalb einer angemessenen Zeit von zwei Wochen eine Rückmeldung des Hilfeempfängers bzw. eines Maßnahmeträgers/Arbeitgebers nicht vor, so wird der Hilfeempfänger an die Erfüllung seiner Pflichten bzw. der mit ihm getroffenen Absprachen erinnert. Bleibt auch das erfolglos, wird diese Tatsache dem Sachgebiet Hilfe zum Lebensunterhalt gemeldet, das dann die entsprechenden Maßnahmen, wie z. B. Kürzung der Sozialhilfe etc., einleitet."



Es sollen nur solche Tätigkeiten vermittelt werden, die der Stadt im Endeffekt Geld sparen. Der Sozialdezernent dazu in der Sitzung: "Es findet nichts statt, was sich für die Sozialhilfe nicht rechnet." Es versteht sich, daß unter diesen Voraussetzungen kaum Geld für die notwendige Qualifizierung der SozialhilfeempfängerInnen ausgegeben werden soll. Die Frage des grünen Ausschußmitgliedes Nasser Firouzkah, was denn mit der Familie passiere, wenn z. B. dem Vater die Sozialhilfe eingestellt würde, wurde von Sozialamtsleiter Mertens in der Ausschußsitzung so beantwortet: "Wenn der Vater keine Sozialhilfe mehr kriegt, muß der Sozialhilfeträger darauf achten, daß der Rest der Familie darunter nicht leidet." Das wird spaßige Dialoge am Küchentisch der SozialhilfeempfängerInnen zur Folge haben. Etwa so: "Mama, darf der Papa auch ein Brötchen haben?" "Nein, der soll erst mal arbeiten gehen!" Festzuhalten bleibt: Die Verpflichtung von SozialhilfeempfängerInnen zur Annahme einer von ihnen nicht gewünschten Arbeit zu u.U. untertariflichen Löhnen bei Androhung des Entzugs des zum Lebensunterhalt not-

wendigen Minimums (der Sozialhilfe = ca. 450 DM plus Wohnungskosten) muß als Zwangsarbeit bezeichnet werden. Dieses Vorgehen erinnert stark an das unselige "Wer nicht arbeitet braucht auch nicht essen!" Die nach dem Gesetz mögliche Androhung der Kürzung der Sozialhilfe wird hier zum Automatismus systematisiert, um bei den Ärmsten der Armen Geld einzusparen. Wieder einmal sind AusländerInnen besonders betroffen, machen sie doch ca. 25% der SozialhilfeempfängerInnen aus. Das Vorurteil gegen SozialhilfeempfängerInnen wird noch verstärkt, denn alle, die noch immer Sozialhilfe bekommen, hätten ja eine noch schlechtere Arbeit unter noch unterbezahlteren Bedingungen annehmen können. Fraglich ist, ob der Entzug des Lebensminimums mit Artikel 1 des Grundgesetzes "Die Würde des Menschen ist unantastbar" zu vereinbaren ist, denn wo bleibt die Würde wenn der Mensch hungert?

## Auch die ArbeitsplatzbesitzerInnen geraten unter Druck

Diese Vorlage verkehrt aber auch eine gute Idee in ihr Gegenteil. Ein Programm zur Beschäftigung und Qualifizierung der SozialhilfeempfängerInnen ist sinnvoll und notwendig, aber es muß unter der Bedingung absoluter Freiwilligkeit der TeilnehmerInnen stattfinden. Bei 7200 Arbeitslosen und 5400 SozialhilfeempfängerInnen in Solingen wird ein solches Programm jedoch nur einem kleinen Teil der Betroffenen helfen können. Alle anderen unter die Androhung von Zwangsarbeit zu setzen, greift aber nicht nur deren Würde an: Müssen wir uns nicht darauf einstellen, daß für über die Hälfte der Bevölkerung bei anhaltenden Arbeitsplatzverlusten durch Rationalisierungen in den nächsten Jahren ebenfalls das Schicksal eines Sozialhilfeempfängers als realistische Drohung im Raum steht? Mit der Drohung, im Falle eines Falles eben untertariflich bezahlte Zwangsarbeit leisten zu müssen, wird aber ein noch schärferer Druck auf die Noch-"ArbeitsplatzbesitzerInnen" ausgeübt, immer weiterem Reallohnabbau und anderen Zumutungen zuzustimmen. Eine Hoffnung bleibt am Schluß doch noch: Die erweiterte Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beschloß am 19. 11. einstimmig, daß alle Androhungen von Zwangsmaßnahmen aus dem Programm entfernt werden sollen. Mit der SPD soll in diesem Sinne gesprochen werden. Es wird spannend, welches Konzept am 18. 12. 1997 im Stadtrat entgültig verabschiedet wird. Einmischen ist mehr als notwendig!

Dietmar Gaida



# ”... dann kommen vielleicht nur noch ein paar Männeken ...”

Interview mit Kellerkino-Betreiber Coco Teuber über die Zukunft der Solinger Kinos

**Seit ca. einem dreiviertel Jahr ist es beschlossene Sache: Auch in Solingen soll ein Multiplex-Kino mit 1600 Plätzen entstehen.**

**Haben sich die Kinobetreiber im Vorfeld dazu geäußert??**

Ja, aber selbstverständlich. Achim Kirchhoff, der Besitzer der beiden Kinos "Residenz" und "Mühlenhof" hat von sich aus eine Anfrage an die Stadt gerichtet, um sich als Betreiber für das Großkino zu bewerben. Er ist von dort nur an die Holländer verwiesen worden und hat weder von der städtischen Seite, noch von der Seite der Holländer eine Reaktion bekommen. Die Solinger Kinobetreiber wurden mehr oder weniger gar nicht gefragt, sondern einfach ignoriert.

**Wie hoch sind die augenblicklichen Besucherzahlen?**

Die Besucherzahl in Solingen hängt zu Zeit so schlapp bei 150 000. Bei mehr Investitionen kann man vielleicht auf 200 000, wenn du Glück hast, auf 250 000 kommen. Um das Kino vernünftig zu betreiben, brauchst du mindestens 350 000 bis 400 000 Besucher. Kinobetreiber Flebbe wurde offenbar mit falschen Informationen über die Situation in Solingen versorgt.

**Wieviele Plätze gibt derzeit in allen Solinger Kinos?**

Ich schätze die Anzahl der Plätze, die Programmkinos mit eingerechnet, auf knapp 1000.

**Was passiert denn nun mit "Mühlenhof-" und "Residenzkinos", wenn das Multiplex-Kino eröffnet? Rechnet Kirchhoff mit einer Schließung?**

Er rechnet nicht nur damit. Ich bin mir ziemlich sicher: Er macht in dem selben Moment die beiden Kinos zu, in dem das "Multiplex" aufmacht. Er hat kein Interesse noch mehr Geld zu verlieren, da es sonst nur einen Machtkampf gibt. Es kommen sowieso viel zuwenig Leute, dann kommen vielleicht nur noch ein paar Männeken und dafür lohnt sich das Ganze nicht – und dann hast du zwei leerstehende Immobilien.

**Befürchtest Du denn auch Auswirkungen auf Dein Kino?**

Mein Publikum werde ich sicher dadurch nicht verlieren. Aber ich muß damit rechnen, daß ich viele Filme nicht mehr bekomme. Die Filmverleiher sind gnadenlos und werden natürlich versuchen ihre Ware komplett in dem großen Kino unterzubringen. Für mich bleibt dann nur noch der Rest übrig und das

sind Filme, die entweder kein Geld einbringen oder Schrott. – Oder ich zeige die Filme in Zweitaufführung.

**Wie ist das Verhältnis zu dem Multiplex-Kino-Betreiber Flebbe?**

Der Flebbe ist eigentlich in Ordnung. Er betreibt selber noch Programmkinos. Aber du darfst eins nicht vergessen: Er hat Geldgeber, die Geld verdienen wollen und die werden ihm notfalls sagen: 'Paß mal auf! Scheiß auf deine notleidenden Programmkino-Freunde, wir wollen Kohle verdienen'.

**Flebbe wird ja dann demnächst sowohl das Kinoprogramm in Solingen als auch in Wuppertal bestimmen, wo er in diesem Jahr ebenfalls ein Multiplex-Kino eröffnet?**

Da werden in jeder Stadt dieselben Filme gezeigt.

**Man kann also nur noch ganz bestimmte Filme sehen?**

Sicher, da wird eine Art von Meinungsmache betrieben.

**Bist du denn sicher, daß sich das überhaupt in Solingen durchsetzt. Das ist doch auch mit sehr hohen Eintrittspreisen verbunden?**

"Kinopolis" in Leverkusen beispielsweise, läuft unter den Erwartungen und selbst das UFA, das jetzt in Düsseldorf eröffnet wurde, läuft nicht so, wie sie sich das gedacht haben. Das neue Multiplex in Krefeld hat 50% weniger Besucher als erwartet. Der Grund, warum jetzt überall Multiplexe gebaut werden, ist der: Es gibt ein paar kanadische, amerikanische und australische Kinoketten mit Geld ohne Ende, die versuchen mit Gewalt den europäischen Markt zu erobern. Jetzt versucht natürlich jeder eine Stadt in Deutschland zu blockieren. Die bauen weil sie Angst davor haben, daß die Konkurrenz es sonst macht. Da die deutschen Multiplex-Betreiber aber jetzt schon in finanziellen Schwierigkeiten stecken, könnte es sein, daß der eine oder andere an die Amis verkauft. Dann sieht es aber ganz schlecht aus. Denn dann wird der Markt noch mehr von amerikanischen Filmen beherrscht. Z.B. sind UCI und Warner gleichzeitig Filmverleiher und Produzenten. Der komplette Apparat, von der Entstehung des Films bis zum Abspielen, ist in einer Hand.

**Der Flebbe hat einen 20 Jahresvertrag. Glaubst du, daß er so lange durchhält?**

Nee! Nee, wenn doch, dann wander ich aus. dann sage ich: 'Tut mir leid, ich hab mich getäuscht', dann schnür ich mein Bündel und wandere in die Fremde.

**Haben sich VertreterInnen der Parteien im Vorfeld der Entscheidungen mit den örtlichen Kinobetreibern unterhalten?**

Nein!

**Was hast du für ein Eindruck von der Berichterstattung der lokalen Presse zu diesem Thema?**

Die 'Morgenpost' ist sehr kritisch. Das 'Tage-



Foto: Dietmar Gaida

*Kellerkino-Betreiber Coco Teuber*

blatt' fährt voll die Linie 'Pro Solingen' und alles was irgendwie dagegen spricht, wird nicht erwähnt oder unter'n Tisch gekehrt. Ich weiß also, daß kritische Redakteure oder kritische Worte aus Berichterstattungen herausgenommen wurden. Es gab ein Schreiben der örtlichen Kinobetreiber an das 'Tageblatt', wo wir uns über die einseitige Jubelberichterstattung für das Multiplex-Kino beschwert haben. Dieses Schreiben hat aber im Endeffekt nichts bewirkt. Der Solinger Berufspessimismus geht mir zwar mittlerweile auch auf die Nerven, aber man sollte doch ein bißchen objektiv bleiben und nicht nur alles schön schreiben.

**Was hältst du insgesamt vom Mühlenhof-Projekt?**

Das Solinger Publikum reicht nicht aus für das Projekt - oder aber die Innenstadt ringsherum verödet, alles geht nur noch in das neue Zentrum. Die Solinger entwickeln keine neuen Ideen, nur das, was sie woanders gesehen haben, holen sie hierhin - immer zu spät!

Eva Thomas und Dietmar Gaida

# Die Modernisierung der Stadt - Ein Abrißprogramm

Die Mißachtung der eigenen Geschichte und der eigenen Möglichkeiten der Stadt ist eines der strukturierenden Momente der neo-liberalen Veränderung der Stadt Solingen. Was im Mühlenhof-Projekt seinen Höhepunkt erreicht, hat doch eine lange Entwicklung:

Die Verachtung der Hervorbringungen der Menschen, die hier gelebt haben drückte sich schon im Umgang der Stadt in den 70ern und 80ern mit den Resten der Fachwerkhaukultur aus. Diese "Hucken" wurden in einer beispiellosen Abrißpolitik in Bauschutt verwandelt, für Straßenverbreiterungen, Straßenneubauten, "Sanierungen", Verkäufe oder einfach weil man sie so lange mit offenen Dachfenstern hatte verfallen lassen, bis die Abrißnotwendigkeit scheinbar unabweisbar wurde. Dabei wurde nicht nur die ehemalige Schirmfabrik aus dem Jahre 1829 an der Altenhofer Str. mit einer der ersten Dampfmaschinenproduktionen in Deutschland dem Erdboden gleichgemacht. Das Ausmaß der Abrisse entsprang einem Denken, das mit den alten als beengend empfundenen Lebensverhältnissen ein für alle mal aufräumen wollte.

Beim Mühlenhof-Projekt wird es am deutlichsten. Eine Stadtplanung, die sich vorrangig dem Ziel verschreibt, Investoren von ausserhalb in die Stadt zu locken, nimmt natürlich keine Rücksicht auf die Interessen derjenigen, die diesen Platz als Kommunikationsort ohne Konsumzwang nutzen. Im Gegenteil, Obdachlose, schachspielende Rentner, streetballspielende Jugendliche, taubenfütternde alte Menschen und Junks stören das urbane Lebensgefühl in den gewünschten inszenierten Konsumwelten.

Doch nicht nur die Armen, auch die vorhandenen Einzelhändler sind in der schönen neuen Glitzerwelt keineswegs eingepplant: Die "neue Mitte Solingens" schickt sich an, auch die Geschäftswelt neu zu ordnen: Ca. 14 000 m<sup>2</sup> neuer Geschäftsfläche im Solinger Stadtzentrum werden wohl kaum von neuen KundInnen genutzt werden, hier wird ein strammer Verdrängungswettbewerb einsetzen: Das Multiplexkino der Flebbe-Kinokette

wird absehbar dem Mühlenhof- und dem Residenzokino den Garaus machen, der geplante Bestseller-Büchermarkt in den Clemens-Galerien wird dem vorhandenen Solinger Buchhandel Umsatzeinbußen verschaffen. Herr Doerr, der Vertreter des Investors der Clemens-Galerien erklärte, daß die Anfragen für Geschäftsräume etwa zur Hälfte von bundesweit tätigen Filialisten kommen, während die andere Hälfte Einzelhändler aus Solingen und Umgebung sind. Diejenigen Einzelhändler, die es nicht schaffen, sich ein

entscheidenden Vertreter scheinen voll eingebunden in den Konsens der Modernisierer. Das Programm zur Modernisierung der Stadt = Zurichtung auf die Bedürfnisse der Großkonzerne kann nicht viel mit kommunaler Demokratie anfangen, spielen dort die Interessen der Menschen vor Ort doch noch eine zu große Rolle. Also werden demokratische Hindernisse abgebaut, die Planungen der Unternehmen sollen nicht von zuviel politischem Einfluß und Bürgerbeteiligung gestört werden. So ist geplant, die städtischen

Gewerbeflächen an eine Wirtschaftsförderungs-GmbH zu übertragen, in der die Vertreter der großen Wirtschaftsverbände die entscheidende Stimme haben.

Auch die Bezirksvertretungen, die als vor Ort tagende Gremien noch einen etwas stärkeren Kontakt zur Bevölkerung haben, sollen umstrukturiert werden. Die Auflösung von Burg und Merscheid und die Umverteilung zu einwohnermäßig etwa gleich großen BVs mißachtet unter dem Vorwand der Geldeinsparung und der Vereinfachung für die Verwaltung bewußt die vorhandenen Strukturen. Solingen ist eine Stadt, in der das Stadtteildenken stärker als in vielen vergleichbaren Städten ausgeprägt ist. Dies führt einerseits zum Gedeihen der konservativ-bürgerlich strukturierten Heimatvereine, zugleich schafft es aber auch ein Gefühl der Teilhaberschaft und der Verantwortlichkeit der Umgebung gegenüber.

Was kommt beim Modernisierungsprogramm heraus? Eine stromlinienförmige Stadt, die versucht, den neoliberalen Zug auf keinen Fall zu verpassen. Dafür würde sie sich gerne den großen Konzernen verkaufen, wenn die denn kämen.

Doch stattdessen kommt vorerst einmal Mc. Donalds: Nicht nur ein Mc. Drive am Frankfurter Damm, auch einer am heimlichen Solinger Hauptbahnhof Ohligs. Bringt das Arbeitsplätze? Kommt irgendein Mensch zusätzlich in die Stadt Solingen, um im Solinger Mc. Drive zu konsumieren?

Die Kaufkraft wird doch wohl bei der vorhandenen Pommesbuden-, Pizza- und türkischen Imbisskultur abgezogen. Diese Geschichte könnte noch in vielen Varianten erzählt werden, es kommt darauf an, sie zu verändern!

Dietmar Gaida



Foto: Dietmar Gaida

Mühlenplatz, Oktober '97: Modernisierung in Aktion

Stück vom Glitzerpalast zu teuren Neubaumieten zu sichern, werden künftig noch mehr abgeschlagen sein: So auf der Unteren Hauptstraße, dem Graf-Wilhelm-Platz ... Gewinner dieser Planung sind in jedem Fall bundes- und weltweite Großkonzerne, die kein Interesse an selbstständigen Entscheidungen vor Ort haben.

Auch die Entscheidung, für den OBI-Konzern, der am Mangenberg einen Groß-Baumarkt mit 16 000 m<sup>2</sup> Verkaufsfäche errichten will, knappes Gewerbe- und Industriegebiet in Flächen für den Einzelhandel umzuwandeln, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Planungs- politik der Verantwortlichen: Gegen den erbitterten Protest der zusammengeschlossenen BetreiberInnen vorhandener Handwerksbedarfsgeschäfte und Baumärkte wird so die Verkaufsfläche des Baumarktsektors auf das Doppelte des bundesweiten Durchschnitts gebracht. Pleiten der Kleineren sind hier von vornherein mit eingepplant. Der Solinger Einzelhandelsverband spielt bei beiden Projekten übrigens eine unrühmliche Rolle. Die



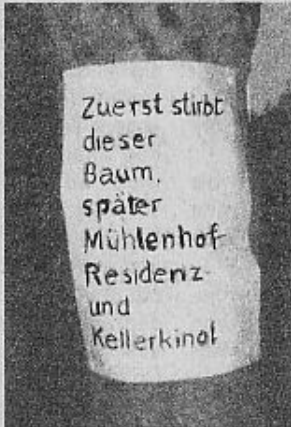
**Dokumentation - Der tacheles wurde das folgende Schreiben zugeschickt:**

# "Keinen Meter den Privatisierungen!"

**BekannterInnenschreiben von der Gruppe "StadtpiratIn":**

In der Nacht zum 13. Oktober haben wir ca. 110 Poster mit zwanzig verschiedenen Texten gegen die Zerstörung des Mühlenplatzes im Stadtzentrum plakatiert.

Seit geraumer Zeit müssen wir die ersten Umbaumaßnahmen im Bereich Mühlenplatz/Konrad-Adenauer-Straße/Mummstraße beobachten. Die ersten von 79 Bäumen im Bereich Mummstraße sind bereits gefallen und es ist alles vorbereitet, um das "Große-Baum-Schlachten" auf dem Mühlenplatz fortzusetzen. Doch die Bäume werden nur die Ersten sein, die aus der Innenstadt verdrängt werden. Folgen werden Schachspieler, die selbst zur kalten Jahreszeit unerschrocken ihre Figuren zogen und steht's eine Schar neugieriger und schachinteressierter Passant-Innen um sich herum versammelten; Jugendliche, die hier einen Platz fanden ungestört Streetball zu spielen, junge und alte Menschen, Obdachlose und Junkies, welche sich hier täglich trafen, weil es sonst keinen anderen Ort für sie gab/gibt, von dem sie nicht vertrieben wurden. Unerwähnt bleiben dürfen nicht die vielen, insbesondere



politischen Veranstaltungen, die hier im Zentrum der Stadt, durchgeführt werden konnten und für die Zukunft ins Abseits des städtischen Treibens verbannt werden.

Wir wollen uns jedoch auch nicht dazu verleiten lassen, den Mühlenplatz als den schönsten und attraktivsten Ort von ganz Solingen darzustellen. Wir sind auch der Meinung, daß eine Umgestaltung des Mühlenplatzes notwendig gewesen wäre, aber wieso muß es gerade ein Konsumtempel sein, der die Stadt bereichern soll?

1. Ein Projekt, wie das der "Clemens-Galerien", führt zwangsläufig zu Verödung der Innenstadt (Leute, guckt Euch doch mal Remscheid; Wilhelmshaven und, und, und, an)
  2. Solinger EinzelhändlerInnen, Kinobetreiber können auf Dauer ihre bisherigen Läden dicht machen
  3. Wo bleibt Raum für Bäume, Spielplätze, Parkbänke, Schachspielen, Veranstaltungen etc.?
- Aber was uns am meisten sauer macht: Wieder einmal hat die

(Städtische)-Politik unter Beweis gestellt, daß sie in entscheidenden Fragen einem fatalen Konsens folgt. Ob Schwarz, ob Grün, alle waren sich letztendlich einig über das Mammutprojekt. Kritische Stimmen aus der Bevölkerung (und die gab und gibt es zur genüge) wurden einfach ignoriert, wie es sich eben für anständige PolitikerInnen gehört, die ja eh immer wissen, was für die Bevölkerung das 'Beste' ist. Nicht zuletzt hat das "Solinger Tageblatt" mit seiner 'Pro Solingen'-Manier und der einseitigen Berichterstattung dazu beigetragen, die Kapitalisierung und Privatisierung des öffentlichen Raums voranzutreiben.

Und, – gab es da nicht noch irgendwelche

Ideen zur Gestaltung des Mühlenplatzes, die mit dem Bau eines Konsumtempels nichts im entferntesten zu tun haben? Kultur- und Er-



holungspark? Spielflächen? Ein kleiner Teich? Wiesen? Bäume?..– Aber diese Ideen zählen offensichtlich nicht.

Wir wollen nicht länger, daß unsere Stimmen im Getöse der Bagger und Motorsägen verhallen. Deswegen haben wir diesen Weg gewählt, um auf die Unmenschlichkeit dieses Projektes hinzuweisen. In der Hoffnung, auf eine Zukunft, in der wir "unsere" Stadt selbst gestalten können.

**StadtpiratIn**

Planung  
Gestaltung  
Ausführung  
Mietmöbel  
Grafik

Systembau  
Konventionell  
Kombiniert

alfa Messebau  
Augustinerstr. 18  
42719 Solingen  
Tel.: (02 12) 31 06 61  
Fax: (02 12) 31 15 59

**Wer nicht aufhören will, muß fühlen**

## Siemens Boykott

Ärztinnen und Ärzte der IPPNW haben sich entschlossen, so lange keine medizinischen Produkte des Siemens-Produkte mehr zu kaufen, bis Siemens auf die Entwicklung und den Bau von Atomkraftwerken und auf die Plutoniumverarbeitung verzichtet.

weitere Informationen: IPPNW Solingen und Sektion BRD der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Körtestraße 10, 10967 Berlin

## Nadelstreifen-Nazis brüllen Pogromgedenken nieder Kein bißchen "Weise", aber haftverschont

Am 09. November 1997, dem "Internationalen Tag des Pogromgedenkens" fand im kleinen Saal der Ohligser Festhalle eine Podiumsdiskussion zum Thema "Der Fall Weise" statt, zu der SOS Rassismus e.V. eingeladen hatte.

Der zu lebenslänglich verurteilte NS-Verbrecher hatte im April diesen Jahres Haftverschonung erhalten und hält sich seitdem unbehellig in Solingen auf. Die Staatskanzlei in D'dorf erklärte dazu, Weise sei schwer an Krebs erkrankt; aus humanitären Gründen habe man ihn bis zum endgültigen Entscheid über das laufende Gnadengesuch freigelassen.

Nachdem diese Verlautbarung auf Unmut und Ablehnung gestoßen war, sollte die Veranstaltung der öffentliche Diskussion zu der Frage dienen, ob einem gnadenlosen NS-Mörder überhaupt Gnade zustehen kann. Weitergehendes Ziel war eine kritische Beleuchtung des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit.

Podiumsteilnehmer waren Hans-Werner Bertl (Bundstagsabgeordneter SPD), Dr. Waldemar Molinski (Moraltheologe) und Hans Frankenthal (Internationales Auschwitzkomitee), dazu noch Karl Dimmig, ein Richter aus Neuss, der ein Gnadengesuch für Weise verfaßt hatte.

Die Staatskanzlei zeigte sich auch nach mehrmaligem Nachfragen von SOS-Rassismus nicht bereit, einen Podiumsvertreter zu entsenden. Aalglatt wurde die Weigerung damit begründet, daß es sich beim Weise-Gesuch um ein "nichtjustitierbares" Verfahren (also nicht mit irgendwelchen Rechtsbehelfen angreifbar) handle, zu der sich rein juristisch jede Stellungnahme verbiete.

Vor Beginn der Diskussion konnten sich die rund 90 Besucher anhand eines 45-minütigen Filmes über die Hintergründe im "Fall Weise" im Detail informieren.

Doch kaum hatte man mit der Podiumsdiskussion begonnen, hoben gut gekleidete, von auswärts angereiste NPD-Kader an, jede ver-

nünftige Äußerung eines Diskussionsteilnehmers in einer Brüllorgie faschistischer Parolen zu ersticken.

Moderator Volker Kutz versuchte sein Bestes, die Diskussion sachlich fortführen zu lassen – am Ende gab es jedoch keinen Zweifel, daß die Nadelstreifen-SA nur aus dem Grund angereist war, jedes vernünftige Wort über Weise zu verhindern. Nach einer Stunde mußte die Veranstaltung abgebrochen werden.

### Rechtes Gebrüll, rechte Motive

Mit der Veranstaltung hat SOS-Rassismus einmal mehr den Finger auf die Wunden in unserer Stadt gelegt, wobei sich aktuell erwiesen hat, daß die rechte Garde zunehmend dreister wird und mittlerweile nicht mehr davor zurückschreckt, öffentliche Diskussionsveranstaltungen für ihre braune Ideologie zu mißbrauchen.

Natürlich hatten die Herren Nazis Anweisung von der Führungsebene, wie sie sich am Brüllort verhalten sollten: Ihre Flugblätter hatten sie in Umschlägen versteckt, ihre Namen wollten die wenigsten mitteilen. Von den Solingern ließ sich kein einziger Richter blicken (man könnte ja erkannt werden) – es waren auswärtige Gesinnungsgenossen, die vorgeschickt worden waren.

Der Fall Weise ist mehr als ein Justizskandal und mehr als ein Negativbeispiel im Umgang mit deutscher Vergangenheitsbewältigung – denn die Rechten versuchen alles, um Weises Freiheit als Sieg ihrer faschistischen Umtriebe zu verkaufen. Wenn ein Mann wie Weise begnadigt und damit anerkannt würde, daß die "besondere Schwere der Schuld" (aus dem Urteil gegen ihn), die der Nazi-Greueläter auf sich geladen hat, nun nicht mehr ausreichen soll, um ihn seine Strafe absitzen zu lassen, dann lassen sich Weises Richter und letztlich auch der Holocaust ad absurdum führen.

### Kein Zurückweichen!

Als erste Reaktionen verschickte der veranstaltende Verein eine Pressemitteilung, Autonome Antifa demonstrierten vor dem Hause des Nazimörders. Reaktionen von der Synagoge in Wuppertal, diversen Einzelpersonen und der VVN folgten. Weite Kreise in der Bevölkerung wollen keinen Gnadenakt für Weise. Inzwischen liegen dem Ministerpräsidenten Johannes Rau, der bald über das Gnadengesuch entscheiden soll, diverse Briefe vor, die ihn auffordern, sein Urteil wohl zu bedenken und dem Rechtsradikalismus in Deutschland scharf entgegenzutreten.

Gottfried Weise, der immer noch das sich im Recht fühlende Justizopfer mimt., ist Solinger. Umso mehr müssen von Solingen und den SolingerInnen klare Signale ausgehen, daß Gnade für den reulosen Holocaust-Greueläter nicht in Frage kommen kann – am allerwenigsten um den Preis rechter Fascho-Herrlichkeit für die Wiedereinführung des Nazi-Mordens.

**SOS-Rassismus**

## Pressemitteilung autonomer AntifaschistInnen

Anläßlich des 6. antifaschistischen und anti-rassistischen Stadtrundganges in Wuppertal kam es im Stadtgebiet von Wuppertal und Solingen zu verschiedenen Kundgebungen.

Bei der Auftaktveranstaltung am Döppersberg vor der Polizeiwache wurde ausführlich die Legende von St. Martin vorgetragen, Weckmänner und -frauen wurden an die Menschen von der Platte und an hungrige PassantInnen verteilt. Schließlich wurde ein Polizeibeamter namens Böhm aus der Polizeiwache Döppersberg öffentlich vorgestellt, der sich durch Mißhandlungen und rassistische Äußerungen im Dienst hervorgetan hat. Die 1. Kundgebung befaßte sich mit Hildgard Kuhlmann, die für die Stille Hilfe Nazi-massenmörder betreut.

In Nächstebreck wurde der Skinhead und Nazirockmusiker Steve Bramekamp aufgesucht.

Am Ullendahl wurde der ehemalige Leiter des Wuppertaler Ausländeramtes Karl Dietrich besucht. Hier wurden auch entsprechende Parolen gegen diesen ausgewiesenen

Schreibtischtäter gesprüht. Dietrich war 1995 der verantwortliche Beamte als Kuldeep Singh aus dem Wuppertaler Abschiebeknast nach Indien abgeschoben wurde und dort durch die Flughafenpolizei zu Tode gefoltert wurde. Dietrich saß kürzlich auch im Knast, er hat sich als guter deutscher Beamter bestechen lassen.

Am 15. November 97 demonstrierten in den Abendstunden 60 AntifaschistInnen in Solingen vor dem Privathaus des haftverschonten und zur Begnadigung empfohlenen NS-Verbrecher Gottfried Weise. Weise ermordete in Auschwitz-Birkenau mindestens 5 Menschen. In einem Redebeitrag wendeten sich DemonstrantInnen gegen die Begnadigung des Mörders Weise. Weise hat seine Taten nie zugegeben. Nach der Kundgebung wurden Parolen gesprüht, Nebelkerzen und Leuchtmunition eingesetzt. Die Polizei wartete derweil mit einem Großaufgebot in Wuppertal bei der Pressenacht in der Stadthalle auf die angekündigte Demonstration und konnte so die Reichen und Politprominenz angemessen schützen.



# SOS Rassismus fragte: Gnade für den Auschwitz-Kriegsverbrecher Weise?

## Gnadengesuchsteller entlarvt sich als brauner Propagandist

Das Anliegen, anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November über den Fall des wegen fünf nachgewiesener Morde im KZ Auschwitz, rechtskräftig zu lebenslänglich Verurteilten Kissel-Schützling Weise kontrovers zu diskutieren, bestätigte eine alte Erfahrung: Mit verbohrten Nazis ist jede inhaltliche Auseinandersetzung kontraproduktiv!

Trotz alledem war diese Veranstaltung wichtig. Denn jeder demokratisch gesinnte Teilnehmer an diesem Lehrstück müsste begriffen haben, daß der Schoß, welcher die größten Verbrecher der bisherigen Menschheitsgeschichte gebar, nicht nur immer noch fruchtbar ist, sondern über den Kohl-Kinkelschen-Zeitgeist - wonach sich das vereinte, wiedererstarkte Deutschland als global Player in die Weltpolitik zurückmeldet, einen qualitativ neuen Sponsoren-Schub erhält. Wie sonst ließe es sich erklären, daß unverbesserliche Auschwitzleugner sich erdreisten, in einer derart primitiven Form ihre menschenverachtenden Haßtiraden zu plazieren. Die Unbelehrbaren wittern - wahrscheinlich nicht ohne Grund - Morgenluft. Da traut sich der Menschenfreund Karl Dimmig aus Neuss, seines Zeichens Bundesverdienstkreuzträger und Gnadengesuchsteller für den unschuldigen, ehrenwerten, ach so kranken, als Nachbarn im Stadtteil Meigen, unbescholtenen Herrn Weise - der stetig bemüht ist, vom Ertrinken bedrohte Insekten aus seinem Garten-Swimmingpool vor Todesqualen zu bewahren, zu behaupten, daß diejenigen, die im deutschen Faschismus eine unvergängliche Schuld sehen würden, heutzutage für die Überfremdung unseres (arischen) deutschen Volkes verantwortlich seien. ("Im Schatten dieser unvergänglichen Schuld wird unser Volk systematisch überfremdet.") Der Kanthersche Populismus scheint dem Kriegsverbrecher Dimmig ("Ich habe Feindflieger abgeschossen und bin somit ein Kriegsverbrecher, weil ich deutsche Städte vor der Vernichtung bewahren wollte") Krafftutter zu geben, Die "distinguiert aussehenden Herren in edlem Zwirn, aber mit tiefbrauner Gesinnung" (Tagblatt) im Gefolge des sauberen Herrn Dimmig ließen es ebenfalls an Eindeutigkeit nicht fehlen. Jede Schilderung der bestialischen Verhältnisse in Auschwitz, wo sich der SS-Mann Weise als ein besonders sadistischer Aufseher darstellte, wurde mit Gebrüll als "Lüge" oder zionistische Greuelpropagan-

da verhöhnt. Selbst als Hans Frankenthal, der Podiumsvertreter des Internationalen Auschwitzkomitees und ehemaliger Häftling in diesem KZ, vom im jüdischen Glauben begründeten Verzicht auf Rache sprach, skandierte das braune Geschmeiß: "Wir lieben alle Araber!", womit wohl gemeint war, daß sie von "den Arabern" das erwarteten, was den Nazis nicht gelang.

Unter den Augen der anwesenden Politischen Polizei, von der im übrigen strafrechtliche Konsequenzen zu erwarten wären, drohten sie ihm und anderen Antifaschisten mit einer nachträglichen Verurteilung durch den Reichsgerichtshof. Wer sich auf demokratische Werte berief, wurde kurzum mit "Demokröte", oder anderen verächtlichen Ausdrücken belegt.

Wer bis dahin in der Frage, "Gnade für Weise", noch keine eindeutige Position gehabt haben sollte, dem müsste der Auftritt dieser Freunde des "Wilhelm Tell von Auschwitz" als Entscheidungshilfe ausgereicht haben. Der 78jährige Solinger, welcher schon nach seiner ersten Verurteilung, für 300 000 Mark Kautions-, Haftverschonung erhielt und sich nach Ablehnung seiner Revision der Verhaftung durch Flucht in die Schweiz entzog, lebt seit einiger Zeit wieder in Freiheit, im Kreise seiner Familie. NRW-Innenminister Kniola gewährte ihm die Gnade der Haftverschonung aus Krankheitsgründen. Der gleiche Innenminister stellte jüngst im neuen Verfassungsschutzbericht erschreckt fest, daß die Zahl der antisemitischen Straftaten in NRW, im Vergleich zum Vorjahr, um fünfzig Prozent zugenommen habe und wertete dies, im Zusammenhang mit der flächendeckend geplanten Kandidatur der Republikaner zur Bundestagswahl 1998 als ein Alarmzeichen.

H. O. Bones

### Kein Dialog mit Nazis!

Es bleibt allerdings zu fragen, ob es nicht klüger gewesen wäre, die tiefbraune Gesinnung von Karl Dimmig rechtzeitig in Erfahrung zu bringen und ihn gar nicht erst einzuladen. Eine einstündige Diskussion mit Nazis zu führen, ist ein Unding und darf sich nicht wiederholen. Ein demokratischer Dialog mit Leugnern des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte, die dieses vermutlich jederzeit wiederholen würden, ist unmöglich.

Krabat

### Gottfried Weise: Gentleman-Verbrecher

Erst wird Gottfried Weise die Ablehnung seiner Revision noch vor der Staatsanwaltschaft zugestellt, so daß er Zeit genug hatte, sich in die Schweiz abzusetzen. Dann kann die Fahndung nach dem zu lebenslänglich Verurteilten nicht greifen, weil ihn niemand erkenntlich erfaßt hat und somit weder Fingerabdrücke noch Fotos vorhanden sind. Warum diese routinemäßige Prozedur, der so mancher Schwarzfahrer im Wiederholungsfall unterzogen wurde, bei einem mehrfachen Mörder unterlassen wurde, bleibt ein Geheimnis. Weise würde heute noch am schönen Thuner See in der Schweiz leben und von seiner Familie - die natürlich nicht von der Polizei beschattet würde - regelmäßig besucht werden. Nur einem Zufall (falscher Krankenschein) war es zu verdanken, daß er den Schweizer Behörden auffiel.

Obwohl in mehreren bedeutenden NS-Nachkriegsprozessen erwähnt, wird er von der Justiz als Mitläufer eingestuft und erhält einen "Persilschein". Von seiner dann doch noch erhaltenen Strafe sitzt er nur wenige Jahre ab, weil der Staat ihm wegen Krankheit und Kautionszahlungen Haftverschonung gewährt. Jetzt sollen der NRW-Ministerpräsident über ein Gnadengesuch entscheiden. Gnade für diesen zu keinerlei Reue fähigen Menschenschinder wäre eine Verhöhnung seiner Opfer.

H. O. Bones

### Impressum:

**tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität**

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.

### Kontakt und Zuschriften:

Werwolf 57 a, 42651 Solingen

**Druck:** Neuer Weg, Verlag und Druck  
Kanlenerberghöhe 2, 45136 Essen

### VISdP und Herausgeber:

Gerd Kunde, Werwolf 57 a, Solingen  
**Bankverbindung:** Bank für Gemeinwirtschaft, Konto: 2 415 456 300,  
BLZ 330 101 11, Kontoinh.: F. Prinz

## Pressemitteilung von SOS Rassismus - Offener Brief

# Landgericht Wuppertal: Günther Kissel ist ein Volksverhetzer und Auschwitzleugner

SOS-Rassismus Solingen e.V. begrüßt außerordentlich den heute vom Wuppertaler Landgericht ausgesprochenen Freispruch gegen einen Redakteur der Solinger Stadtzeitung *tacheles*. Zum ersten Male ist von einem hohen deutschen Gericht die Tatsache bestätigt worden, daß der Bauunternehmer Günther Kissel Volksverhetzung betreibt und darüber hinaus auch die Auschwitzlüge propagiert. Ferner wurde in der mündlichen Urteilsbegründung auch gerügt, daß Herr Kissel die Stellung als Chef seines Unternehmens zur Indoktrination seiner Mitarbeiter und Geschäftspartner mißbraucht. SOS-Rassismus fordert die Baugewerbe-Innung Solingen auf, einen Volksverhetzer und Auschwitzleugner mit sofortiger Wirkung von seinem öffentlichen Amt als Obermeister zu entbinden. Ferner fordert der Verein die Politiker und Verantwortlichen der Stadt Solingen und alle demokratisch tätigen Verbände und Vereinigungen auf, jeden öffentlichen Kontakt, sowie die Hofierung der Person des Günther Kissel in Zukunft in jeglicher Form zu unterlassen.

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal wird den

Straftatbestand der Volksverhetzung, sowie die Verbreitung der Auschwitzlüge aufgrund dieses Urteils des Landgerichts Wuppertal, zwecks Verfolgung und Anzeige überprüfen und ggf. ein neuerliches Ermittlungsverfahren einleiten.

SOS-Rassismus erwartet von den hier angesprochenen Verbänden, Vereinigungen und insbesondere den verantwortlichen Politikern dieser Stadt eine entsprechende Stellungnahme zu diesem Urteil.

Anmerkung der *tacheles*: Diese Erklärung wurde wie die des DGB von der Solinger Morgenpost, nicht aber vom S T veröffentlicht.

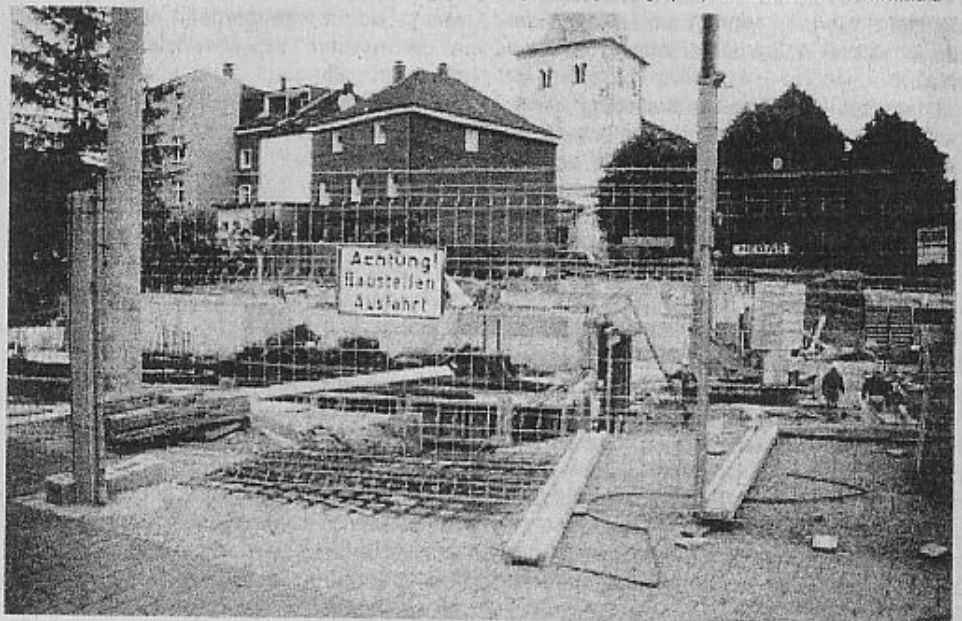


Foto: Thomas Lorbach

Hier baut der Tageblattverleger B. Boll sein neues Geschäftshaus in Wald mit der Firma des Auschwitzleugners und Volksverhetzers Günther Kissel

## Frankfurter Rundschau

Mittwoch, 10. September 1997 · Jahrgang 53 · Nr. 210/37

## Mit seiner „Aufmunterung“ rückte sich Kissel ins ultrarechte Licht

Gericht spricht Studenten frei, der die Gesinnung des Solinger Bauunternehmers auf den Punkt gebracht hatte

Von Ingrid Müller-Münch (Wuppertal)

Der Bauunternehmer Günther Kissel darf seit Dienstag ungestraft „Volksverhetzer und Auschwitzleugner“ genannt werden. Kissel ist in Solingen stadtbekannt.

In einer Berufungsverhandlung vor dem Wuppertaler Landgericht hat die 3. Strafkammer einen Studenten von dem Vorwurf freigesprochen, den Unternehmer Kissel beleidigt zu haben. Anders als ein Solinger Amtsrichter in erster Instanz, sah die Wuppertaler Kammer durch Äußerungen Kissels den Tatbestand der Volksverhetzung und Auschwitzleugnung sehr wohl erfüllt.

Der Kammervorsitzende Hans-Jürgen Müller bezog sich dabei auf schriftliche Ausführungen Kissels, die der Student als verantwortlicher Redakteur der Solinger Stadtzeitung *tacheles* im November 1995 veröffentlicht hatte. Das Blatt kam in dieser Ausgabe zu dem Schluß, bei dem inzwischen 80-jährigen Besitzer eines alleinstehenden Solinger Bauunternehmens

handele es sich um „einen aktiven rechtsextremistischen Drahtzieher, Volkverhetzer und Auschwitzleugner“.

Um diese Behauptung zu stützen, hatte *tacheles* unter anderem aus einem Rundbrief Kissels zitiert, den der Unternehmenschef „zur Aufmunterung“ im Januar 1992 an seine etwa 140 Mitarbeiter verschickt hatte. Darin war von „Fremden“ die Rede, die „schlau feixen und verstopfen firstclass per Jet, per Bahn und per Taxi zur deutschen Behörde“ kämen. Die hereinströmten „in gewaltiger Flut“, wofür wir „zahlen und zahlen und zahlen“. Sie würden „lügen, betrügen und prahlen“ und blieben dafür „ungeschoren“. Zudem lebten sie „von unseren Moneten“.

Nach Ansicht des Wuppertaler Berufungsgerichts stellte dieses Gedicht einen eindeutigen Angriff auf die Menschenwürde dar. Durch seine Äußerungen spreche Kissel Fremden das soziale Lebensrecht ab. Die Kammer bezog sich bei ihrer Entscheidung unter anderem auf das Bayerische Oberlandesgericht, das 1994 einen Sachbearbeiter in der Ausländerabteilung

eines Landratsamtes verurteilt hatte. Dieser hatte an die Wand seines Dienstzimmers ein Flugblatt mit der Überschrift „Der Asylbetrüger“ gehängt, auf dem Asylbewerber pauschal als Aidskranke bezeichnet und als Faulenzer, Rauschgiftändler und Betrüger diffamiert wurden.

Der Wuppertaler Staatsanwalt, der ebenfalls Freispruch für den *tacheles*-Redakteur gefordert hatte, wertete Kissels Äußerungen über Fremde als „vom Inhalt her noch wesentlich schlimmer“ als dieses in Bayern aufgetauchte Gedicht. Der Anwalt des angeklagten Studenten bezeichnete es als „unglaublichen Vorgang“ und „völliges Mißverhältnis“, daß nicht von vornherein Günther Kissel wegen Volksverhetzung angeklagt worden sei, sondern statt dessen sein Mandant, der doch nur Kissels Äußerungen öffentlich gemacht habe.

Günther Kissel ist seit Jahren schon Gegenstand heftiger Kontroversen in der bergischen Klingenstadt. Spätestens seitdem er 1979 seine Teilnahme an einem Stammtisch von ehemaligen Waffen-SS-

Mitgliedern in einem Leserbrief verteidigte, protestieren aufgebrachte Bürger immer wieder dagegen, daß Kissel häufig von der Stadt Solingen mit umfangreichen Bauaufträgen bedacht wird.

In einem Leserbrief hatte Kissel seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS verteidigt und sich bitter darüber beklagt, wie wenig das Vaterland den hohen „Blutzoll“ gedankt habe, den diese „Ehretuppe der Wehrmacht“ durch ihre Schwerpunkteinsätze im Krieg gezahlt habe. Den Fuhrpark seiner Firma ließ er schon mal mit Aufklebern wie „Freiheit für Rudolf Heß“ ausstatten.

In einem Fernsehinterview zum Prozeß gegen einen ehemaligen KZ-Aufseher, der wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, hatte Kissel geäußert, seiner Meinung nach sei der „Zionismus“ die treibende Kraft hinter diesem Verfahren. In zahlreichen Schreiben setzte sich der Bauunternehmer seinerzeit auch vehement dafür ein, den inhaftierten Auschwitzleugner Thies Christophersen freizulassen.



# Entscheidung im tacheles-Prozeß: Herrliches Eigentor von Günther Kissel

## Wer andern eine Grube gräbt...

Ende 1995 wurde die **tacheles** ins Leben gerufen, auch gegen Nazis; da lag es nicht fern, auch über Kissel zu berichten. In Ausgabe Nr. 1 ging es um Kissels Verbindungen zum Auschwitzleugner Thies Christophersen und ein unverblümt zum Fremdenhaß aufrufendes Gedicht mit dem Titel "Bonzen und Asylanter", in dem "Fremde", die "lügen, betrügen und prahlen", aber "schlau und verstohlen" in gewaltiger Flut "first class" per Jet und per Bahn, per Taxi zur deutschen Behörde "hereinströmen," nur solange "ungeschoren" bleiben, wie das "Volk in Wut" sich von der demokratisch gewählten Regierung "in Fron" halten läßt. Der genaue Wortlaut kann in **tacheles** Nr. 1 nachgelesen werden. Kissel, der das Machwerk "zur Aufmunterung" an seine Belegschaft verteilt hatte, handelte sich beim **tacheles**-Autor jedenfalls Titel wie "aktiver rechtsextremistischer Drahtzieher", "Volxverhetzer" und "Auschwitzleugner" ein. Es folgte eine Strafanzeige Kissels.

## ... ob mit der Staatsanwaltschaft Wuppertal...

Und es folgten Ermittlungen und Anklageschrift: "Diese Ausführungen erfüllen in nicht zu rechtfertigendem Wert den Tatbestand der Beleidigung des Günther Kissel", dazu auch angeblich noch unter strafwürdigem Impressum. Für Ausführungen etwa der Art, warum oder inwiefern in den Worten des Autors der Beleidigungstatbestand erfüllt sei, hatte die Staatsanwaltschaft wohl keine Zeit.

## ... oder dem Amtsgericht Solingen...

8.8.96: Das Amtsgericht Solingen machte kurzen Prozeß. Supertrick: Alle Beweisanträge über Kissel-Sprüche (mit Holocaust-Leugnungen, Aufruf zu Fremdenhatz und Rassismus, Verherrlichung des Angriffskriegs usw.

usw.) wurden als wahr unterstellt, damit Kissel nicht als Zeuge geladen werden mußte. Auf diesem Weg mußte der Richter zwar zugestehen, daß Kissel "Auschwitzleugnung" betreibe. Verhandlungsführung und Richterton hatten aber schon vorweggenommen, daß **tacheles** verurteilt würde: Aus dem "Gesamtkontext des Artikels", ansonsten aber völlig unerfindlich, "ergibt sich, daß hier der Begriff der Volksverhetzung im Sinne des Strafgesetzbuches verwandt werden soll". "Die Grenze" sei "erreicht, wenn jemand zu Unrecht einer Straftat bezichtigt wird" (Urteil S. 8; 10). Oberschlaues Fazit: Also habe **tacheles** die Menschenwürde Kissels "übersehen" – und ab dafür! 30 Tagessätze zu 30 DM plus Verfahrenskosten, danke, tschüs.

Mit der Urteilsbegründung des Amtsgerichts Solingen hätte sogar das Strafgesetzbuch neu geschrieben werden müssen: "Daß Herr Kissel die historisch unangreifbar belegten Vorgänge in Auschwitz nicht wahrhaben will, stellt keinen Angriff auf die Menschenwürde von bestimmten Bevölkerungskreisen dar." (Urteil S. 10)

Warum sollten wir uns von derartigen zynischen Irrungen ins Boxhorn jagen lassen? Erst recht forcierten wir nun Presse-, Solidaritäts- und Spendenaktionen, die teilweise recht erfolgreich waren. Einige Spendenbeiträge gingen ein; Monitor und NDR-Panorama liefen sich regelrecht den Rang ab, als wir anfragten, ob sie über Kissel senden wollten – Panorama machte das Rennen, weil der Sendetermin bereits kurz bevorstand. Am 12.9.96 flimmerte der Fall Kissel über die deutschen Bildschirme...

## ...fällt selbst hinein

9.9.97: Berufungsverhandlung am Landgericht Wuppertal - der Vors. Richter kam sofort zur Sache, las das Gedicht und weitere Kissel-Zitate vor, wie z. B.: "...hält sich die 6-Mill.-Behauptung immer noch weltweit, obwohl zumindest die Zahlenreduzierung in Auschwitz um 2,9 Mill. doch offenkundig ist. Nach meinem Empfinden kann es nicht mehr lange dauern, bis das gesamte Lügengebäude zusammenbricht und die Handlanger

des Zionismus in Bonn ihre Koffer packen können." (Kissel in Die Bauernschaft 3/93) Beweisfähige Schriftstücke werden am Richtertisch im Original vorgelegt. Der Richter rümpft Stirn und Nase, macht Bemerkungen der Art, daß Volksverhetzung und Auschwitzleugnung zweifellos vorliegen. Hierbei bezieht er sich auf ein Urteil des Bayerischen Oberlandesgerichtshofs, in dem ein ähnliches Gedicht, noch nicht einmal so faschistisch wie das von Kissel verbreitete, als eindeutig volksverhetzend eingestuft wurde. Anschließend zitiert der Richter einen Auszug aus einem historischen Standardwerk über Judenverfolgung und -vernichtung im 3. Reich, die Kammer erklärt die Inhalte des Berichts als durch Offenkundigkeit bewiesen – Ende der Beweisaufnahme.

Dann das Plädoyer unseres Rechtsanwalts Hartmann, Köln. Einfach glänzend, der Mann. Sein Thema: "The Making Of Faschism" und entsprechende Optionen Günther Kissels, den er als neuen, modernen Nazi bezeichnete, der alles andere als ein "Ewig-Gestriger" sei. Kissel habe die Nervenpunkte erkannt und leiste gezielt strategische Arbeit für eine neue Nazierrschaft. Mit den Ergebnissen moderner Forschung sei klargestellt, daß Hetze gegen Flüchtlinge à la Kissel keineswegs zufällig am Anfang aller faschistischen Politik stehe, im Gegenteil: Der rassistische Angriff auf "Fremde" sei für die Herstellung des Faschismus elementar und zentral, bilde sich doch nur über die allgegenwärtige Stigmatisierung des Fremden das Gefühl des Herr-Seins und das "nazistisch-völkische Selbst" (Hannah Arendt), die Grundlage aller faschistischen Gewaltherrschaft, heraus. Völlig absurd sei, daß **tacheles** vor Gericht stehe und nicht der Nazi Kissel.

Sichtlich unwohl war dem Staatsanwalt bei seinem Plädoyer. Trotz des brisanten Themas mehr oder weniger hohles Gebrabbel – aber der Antrag stimmte: Freispruch!

Den verkündete der Richter nach kurzer Beratung. Kissels Auschwitzleugnung sei ohnehin zweifelsfrei, und Volksverhetzung geschehe immer dann, wenn Fremden das "soziale Lebensrecht" abgesprochen wird. Genau! Seit dem 9. 9. 1997 darf Günther Kissel Volksverhetzer und Auschwitzleugner genannt werden.

Da ist der Kissel also in einen klassischen Konter gelaufen. Juchhu, fast wie im Märchen. Wir danken allen MitmacherInnen und UnterstützerInnen auf das allerherzlichste. Weiter im Kampf gegen rechts!

Otto Mann



**Garten**  
Thomas Wendt  
Odentaler Weg 225  
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon  
81 73 73



# Hexenverfolgung:

## Ein dunkles Kapitel der Frauengeschichte

Da gerade die Zeit der Hexenverfolgung in den Geschichtsbüchern allzu gerne totgeschwiegen wird, ist es meiner Meinung nach besonders wichtig, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und dieses schreckliche Verbrechen, welches mehr als Tausende (1) von Frauen in der damaligen Zeit zu Tode gebracht hat, in die Öffentlichkeit zu bringen. Bezeichnend sind schon die Assoziationen mit dem Wort "Hexe": "Du alte Hexe...", "Wie verhext...", "Du siehst aus wie eine Hexe...". All diese Aussprüche werden zumeist negativ empfunden, wenn sie gegen eine selbst gerichtet sind. Keine will die Hexe sein - bis zu dem Punkt an dem frau sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Inzwischen bin ich stolz auf die Hexe in mir!

"Hexe" - was sagt uns das? Wahrscheinlich taucht das Bild einer kleinen buckligen, häßlichen alten Frau mit krummer Nase und Warze darauf, auf. Es ist fast unglaublich, daß Jahrhunderte nach der Hexenverfolgung durch die Kirche, unseren Kindern - und nicht nur denen - noch dieses Bild durch Kinderbücher, Erzählungen, Weihnachtshexenhäusern und dergleichen vermittelt wird. Auf subtile Art und Weise wird uns weisgemacht, daß das Böse in jeder Frau steckt. Gut zu erkennen ist der Zusammenhang in dem Märchen "Hänsel und Gretel". Die beiden Kinder haben die Hexe verbrannt. Als sie aus dem Wald kommen, ist die "böse" Stiefmutter tot. Jeder Mensch erkennt hier den Zusammenhang. Ich hatte als Kind immer Angst vor Hexen, und Stiefmütter waren mir auch nicht ganz geheuer. Wenn sich dieses Bild einmal im Kopf festgesetzt hat, ist es schwierig, nachzuvollziehen, daß es sich bei den Hexen um Frauen gehandelt hat.

### Die Hexe im Mittelalter

Die Frau verkörperte die Natur. Sie war es, die Kinder gebar, sozusagen "Früchte" aus ihrem Leib schenkte. Im Zuge der Zivilisation wurde von Mann erwartet, sich die "Natur" untertan zu machen, sie zu beherrschen. Mit dieser Weltanschauung war es natürlich leicht, die Frau als Objekt zu betrachten und nicht als gleichwertigen Menschen. Der Vernichtung stand kein Argument im Wege. Es kristallisierte sich aber auch die Angst der Männer heraus. Angst vor der mächtigen, in Wirklichkeit nicht zu kontrollierenden Natur. Erst wenn man(n) sich von der Natur distanzierte konnte man(n) Macht darüber gewinnen.

In der damaligen Zeit gab es einen Kampf zwischen zwei verschiedenen Mächten: Die Macht der Kirche und im Gegensatz dazu, die der alten Zeit, der Glaube an die Magie. In vorchristlichen Zeiten glaubten die Menschen an Götter und Dämonen. Mit Hilfe der Schamanen und Hexen hatten die Menschen Zugang zu ihren Göttern. Die Volksmedizin war in Frauenhand und versprach Hilfe in allen Lebenslagen. Hexen kannten sich aus mit Kräutertrunk. Dieses Wissen konnte für viele Lebensbereiche genutzt werden. Krankheiten konnten geheilt werden, die Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung wurde von den Hexen befrascht. Die Lust auf Rausch gibt es wahrscheinlich so lange, wie es Menschen gibt. Diese Lust auf Rausch wußten die Hexen auch zu stillen. Es gab natürlich auch die "gefährliche" Medizin, z. B. den todbringenden Pilz. Allein diese gefährliche Macht sah die Kirche. Das ganze Wissen der Frauen wurde in gut und böse, schwarz und weiß eingeteilt. Die Kirche hackte auf dem

"Bösen" herum und brachte die weisen Frauen in Verruf, um sie dann endgültig zu vernichten. Die Frauen, welche magische Fähigkeiten erworben hatten, wurden von ihren Verfolgern völlig verkannt. Ihre Profession wurde als weibliche "Potenz" definiert und diese Potenz galt es zu vernichten.

### Moderne Wissenschaft contra Magie

Die moderne Wissenschaft bahnte sich ihren Weg. Das mächtige Verhältnis der Frauen zur Natur stand der Wissenschaft im Wege. Die Wissenschaft sollte nicht ihren Ursprung in der Magie haben. Somit wurde die Vernichtung der Magie von größter Wichtigkeit. Dies wurde auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Ihr magisches Wissen wurde in den Schatten gestellt. Einer der Wenigen, der den Zusammenhang nicht leugnete, war Paracelsus. Er teilte öffentliche mit, von wem er sein Wissen erlangt hatte und benannte Hirten und Hexen. Er war jedoch eine große Ausnahme unter den Wissenschaftlern.

### Frauenkultur

Im Mittelalter lebten viele Frauen unabhängig vom Mann. Frau lebte oftmals mit Frau zusammen und die Männer spielten eine nicht allzu große Rolle im Leben dieser Frauen. Sie waren finanziell unabhängig, lebten in einer Dorfgemeinschaft oder mit Verwandten zusammen. Sie hatten die Möglichkeit in ihren Bereichen ihr Brot zu verdienen. Es gab noch eine Frauenkultur. Diese beinhaltete spezielle Frauenfeste wie z. B. Geburtsfeste, Kindbettfeste u.s.w. Diese können als letzte





Bruchstücke der matriarchalen Kultur verstanden werden. Frauen, welche in Frauenzimmern der Burgen lebten oder in Fronhöfen, waren nicht verheiratet. Sie wurden hoch geachtet. Sie hatten fast den gleichen Status wie der Mann. Das sollte durch die Hexenverfolgung geändert werden. Ungeachtet des Alters, Standes etc. wurde ab dem 14. Jh. jede Frau, welche sich nicht unterordnete, verfolgt.

**Hexenprozesse**

Die Qualen, welche Verfolgte im Mittelalter zu erdulden hatten, sind kaum nachzuvollziehen. Wenn eine Frau der Hexerei beschuldigt und eingekerkert wurde, hatte sie die Kosten zu tragen, selbst wenn sie freigesprochen wurde. Frauen welche verbrannt wurden, mußten ihre eigene Verbrennung bezahlen. Dies hieß, daß das ganze Hab und Gut der Frauen in Kirchenbesitz übergang. Den verfolgten Frauen stand noch nicht einmal ein Anwalt zur Seite. Hunderttausende von Menschen fielen diesen Hexenprozessen zum Opfer. Teilweise waren auch Männer betroffen, die sogenannten Ketzer. Sobald Kritik geäußert wurde, konnte mensch sich seines Lebens nicht mehr sicher sein. Auf dem Weg zum Scheiterhaufen mußten Frauen zum Schweigen gebracht werden. Bevor jemand die Wahrheit über die Folterungen erfuhr, wurden ihnen die Zungen herausgeschnitten. Sexuelle Gewalt stand an der Tagesordnung. Inquisitoren und Henker benutzten die Frauen, um ihre perversen sexuellen Gelüste auszuleben. Darunter fällt z. B. das Verbrennen der Genitalien und Brüste der Frauen und Mädchen.

**Hexenverfolgung hatte System**

Bedacht werden muß, daß es aus der Zeit der Hexenverfolgung keine Texte von den Frauen selbst gibt. Die ganzen Schriften stammen von Richtern, Henkern etc., also von den Verfolgern der Frauen. Aus ihren Schriften geht eindeutig hervor, daß jede Frau eine potentielle Hexe war. Es kann also nicht von einer Randgruppenverfolgung (Hexenbund) gesprochen werden, die so manche Tat in ein anderes Licht rücken könnte, sondern es war die Verfolgung des weiblichen Geschlechts!

Malleus maleficarum - "Der Hexenhammer" (zum ersten mal 1487 erschienen) ist einer der deutlichsten schriftlichen Beweise. Im ersten Teil des Hexenhammers wird auf eine ganz platte Art und Weise begründet und belegt, warum die Frau keinen Glauben (an Gott) habe.

"...Das Wort FEMINA nämlich kommt von fe und minus (fe = fides, Glaube, minus = weniger, also femina = die weniger Glauben hat), weil sie immer geringeren Glauben hat und bewahrt, und zwar aus ihrer natürlichen Anlage zu Leichtgläubigkeit, mag auch in folge der Gnade zugleich und der Natur, der Glaube in die hochgebenedeiten Jungfrau niemals

gewankt haben, während er doch in allen Männern zur gleichen Zeit des Leidens Christi gewankt hatte. Also schlecht ist das Weib von Natur, da es schneller am Glauben zweifelt, auch schneller den Glauben ableugnet, was die Grundlage für Hexerei ist..." (Jacob Sprenger/Heinrich Institoris, 1982, S. 99 ff.)

Dies ist nur eines von vielen Zitaten, welche belegen, wie einfach es sich die Kirchenmänner gemacht haben. Solche einfachen und platten Begründungen reichten aus und das Volk schluckte sie. Anfänglicher Widerstand war schnell gebrochen. Ganz Europa spielte über mehrere Jahrhunderte dieses grausame Spiel. 1300 - 1400 gab es die ersten Prozesse gegen Hexen und Zauberer. Schon vorher wurden Ketzer und sogenannte "gefallene" Engel verfolgt. Die letzte bekannte Hexenhinrichtung fand 1793 in Polen statt. Das ist erst zwei Jahrhunderte her - beängstigend!

(gekürzte Fassung einer Hausarbeit)

**Patricia**

(1) Es ist bis heute umstritten, wieviele Menschen der Hexenverfolgung tatsächlich zum Opfer fielen. Manche Forscherinnen gehen von einigen Millionen Frauen und Männern aus, die in ganz Europa ermordet wurden.



# Auf den Spuren der "Bergischen Hexen"

Begibt sich die "hexenblatt -Forscherin" auf die Suche nach Dokumenten über verfolgte und ermordete "Solinger Hexen", so wird sie nicht fündig. Obwohl im Bergischen Land, insbesondere in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der Hexenglaube und die damit verbundene Verfolgung und Folterung von Frauen eine Selbstverständlichkeit darstellte, scheint es jedoch "Solinger Hexen" nicht gegeben zu haben; zumindest nicht solche, über die noch irgendwelche Aufzeichnungen oder Überlieferungen existieren. Während in Solinger Kotten fleißig Schwerter und Messer geschliffen wurden (vielleicht auch so manches Folterinstrument?), breitete sich allerdings im Solinger Umland das Grauen der Verfolgung um so schrecklicher aus. So wurden unter dem Regiment der Herren von Hatzfeld zwischen 1590 und 1650 ca. 200 "Hexen" hingerichtet.

Besonders gefürchtet war von den Bauern im Oberbergischen die "Butterhexe", die angeblich die Kühe verhexte, so daß diese rote, saure oder gar keine Milch mehr gaben. Die "Bergische Hexe" hatte als besondere Kennzeichen zusammengewachsene Augenbrauen, Plattfüße und einen eigenartigen Gang, drei lange Zehen, zwei nach vorne und eine nach hinten, eine fahle Gesichtsfarbe und wirres Haar. Um eine Frau als "Hexe" eindeu-

tig zu identifizieren, wurde sie mit zusammengebundenen Füßen und Armen in den Dorfweiher geworfen. Ging sie dann nicht unter, mußte es sich um eine "Hexe" handeln, denn der Volksglaube besagte, daß Wasser alles Unreine abwirft.

Der letzte Hexenprozeß in der Bergischen Region fand 1737 in der Nähe von Velbert statt. Zwei Frauen wurden öffentlich hingerichtet, weil die jüngere der beiden aus zwei lebenden Hasen und einer Henne eine Schürze und ein Taschentuch gefertigt haben soll. Gelernt hatte sie die "Hexerei" angeblich von ihrer Großmutter, die dann mit ihr zusammen verbrannt wurde. Noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein hielt sich der Hexenglaube. Ein letzte "Hexenbegebenheit" ereignete sich 1888 in Wülfrath: Ein Junge lungerte abends in dem Haus einer als "Hexe" verdächtigten Frau herum und wurde von dieser erwischt. Später erklärte der Junge, er wäre von der Frau derart verhext worden, daß er nicht mehr in der Lage gewesen sei, sich fortzubewegen. Offensichtlich war der Junge vor Schreck wie gelähmt. Als Ursache wurde hier, wie in vielen anderen Fällen, die "Hexerei" angegeben, weshalb Hunderttausende von Frauen (und Männer) ihr Leben lassen mußten.

**Eva Thomas**

# Land in Sicht für Aufderhöher Freibad

## Förderverein legt Konzept zur Wiedereröffnung vor

Ein neues, vielversprechendes Konzept gibt es für das Gelände des 1991 stillgelegten Freibades in Aufderhöhe. Der Anfang 1996 gegründete Förderverein "Freizeit- und Badegelande Aufderhöhe e. V." legte im November konkrete Planungen zu einer Umwandlung in ein Freizeitzentrum Aufderhöhe vor. Die Konzeptionierung beinhaltet neben dem reinen Freibadbetrieb die Errichtung einer Sport- und Begegnungsstätte, u.a. mit Gastronomie und Sauna. Durch eine multifunktionale Nutzung des Geländes soll ein ganzjähriges Angebot für alle Altersgruppen mit sozial verträglichen Preisen geschaffen werden. Das Freizeitzentrum wird daher in die zwei Bereiche Sport/Freizeit und Freibad aufgeteilt. Da die Sanierungsarbeiten bereits nächstes Jahr beginnen sollen, kann 1999 mit der Eröffnung des Badebetriebes gerechnet werden.

### Neues Betreibermodell

Um das Gelände auch in der kälteren Jahreszeit nutzen zu können, sind neben einem Restaurant und einer Kneipe weitere Freizeiteinrichtungen wie Fitneß- und Gymnastikräume, eine Sauna und ein Jugend- und Seniorentreff geplant. Dieser Sport- und Freizeitbereich wird vom TSV Aufderhöhe unterhalten und finanziert. Vorrangig ist zunächst allerdings die Instandsetzung des Freibadbereichs, der von einer neu gegründeten Genossenschaft geführt werden soll. Die Mitgliedschaft wird durch die Zeichnung von Anteilen erworben. Als Anteilseigner sind neben dem Förderverein der TSV Aufderhöhe, der Solinger und Ohligser Spar- und Bauverein sowie Aufderhöher Geschäftsleute und SponsorInnen und BürgerInnen aus ganz Solingen im Gespräch. Der große Vorteil ist hierbei die breit gefächerte Basis der an dem Projekt Beteiligten, wodurch ein hoher Anteil an Eigenleistung in das Projekt mitgebracht werden kann. Aufgabe der Genossenschaft ist es, einen jährlichen Sockelbetrag zu erwirtschaften, der zusammen mit dem Ertrag des Freibades die jährlichen Betriebskosten von ca. 120.000 DM absichern soll.

### Förderverein - Treibende Kraft

Im Förderverein sammeln sich alle möglichen Gruppierungen, angefangen von interessierten Aufderhöher BürgerInnen bis hin zu Naturschutzvereinen. Um eine finanzielle

Grundlage zu schaffen, führte der Förderverein dieses Jahr bereits vielfältige Aktionen durch. So konnte das Freibadgelände für Polterabende und Zeitfreizeiten gemietet werden, es wurden Anteilsbausteine im Wert zwischen 10 und 100 DM verkauft, und zu Beginn des Jahres fand ein Mitmachzirkus statt, in dem Kinder eine Woche lang ihre eigene Vorstellung aufführten. Im Sommer veranstalteten die SchülerInnen zweier Aufderhöher Grundschulen einen Sponsorenlauf, wobei es für die Klassen Eintrittskarten für ein Match des Handball-Zweitligisten SR Solingen-Höhscheid oder eine Fledertiernachtwanderung zu gewinnen gab. Insgesamt kam durch diese Aktionen eine Spendensumme von 30.000 DM zusammen. Zusätzlich wurde in zahlreichen Infoständen eine breite Zu-

bei der Renovierung eingesetzten Fachbetriebe soll zudem eine mögliche Übernahme der Beschäftigten geprüft werden.

### Umfangreiche Umbaumaßnahmen sind notwendig

Um das Freibad allerdings wieder öffnen zu können, sind umfangreiche Investitionen notwendig. Die vorhandenen 50m Becken sollen auf 25 bzw. 30m verkürzt werden, auf der freiwerdenden Fläche werden Angebote für Ballspiele geschaffen und das Kinderplanschbecken wird in einen separaten Kleinkinderbereich integriert.

Ausgegangen wird von Investitionskosten von ca. 2 Mio. DM, die durch die Aufnahme eines Darlehens aufgebracht und durch eine kommunale Bürgschaft abgesichert wird. Die notwendigen Investitionen für Zu- und Abwasserkanäle sollen durch die Entsorgungsbetriebe und die Stadtwerke Solingen durchgeführt werden. Die Umbaumaßnahmen werden zudem durch einen bereits zugesagten Landeszuschuß gefördert, der sich durch die Integration der arbeitsfördernden Maßnahmen um 10% erhöht hat. Je nach endgültiger Höhe des Landeszuschusses (mit dem Bescheid wird zur Erstellung des Haushaltes 98 gerechnet), ergibt sich somit eine jährliche Zins- und Tilgungslast von 70.000 bis 120.000 DM. Bei den gesamten Berechnungen ist bewußt von niedrigen Benutzererträgen ausgegangen worden. Sollten diese höher ausfallen als erwartet, sind bereits weitere Projekte wie der Einbau einer solarthermischen Anlage zur Warmwasserbereitung der Schwimmbecken oder die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen geplant.

### Spielball der Politik

Der einzige Haken des Konzeptes existiert leider in der Abhängigkeit von der Politik. So ist es eine zwingende Notwendigkeit, daß die Stadt Solingen die jährliche Tilgung des Darlehens übernimmt. Aber schon die Festschreibung des Zuschusses von 100.000 DM im Haushalt 1997 hat wieder einmal für politischen Wirbel gesorgt, und der lange Schatten der bevorstehenden Wahlen in den nächsten beiden Jahren läßt befürchten, daß die BürgerInneninteressen wie schon beim BürgerInnenentscheid über die Ohligser Heide durch wahlkampfstrategische Polit-Spielchen zwischen CDU und SPD erst an zweiter Stelle Beachtung finden.

Ernie



stimmung im Aufderhöher und vor allem Ohligser Raum erzielt.

### 12 neue Arbeitsplätze

Ein interessanter Bestandteil des neuen Konzeptes ist die geplante Einrichtung von 12 ASS-Stellen (Arbeit statt Sozialhilfe) schon mit Beginn der Umbauarbeiten im nächsten Jahr. Durch den Abschluß des Gesellschaftsvertrags mit der Ittartal gGmbH (das g steht übrigens für gemeinnützig, d. Red.), die schon das gleichnamige Freizeitgelände mit Freibad und Eislaufanlage an der Stadtgrenze zu Haan unterhält und den technischen Betrieb des Freibadgeländes übernehmen soll, wird die Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen vorgeschrieben. Zusätzlich werden ein/e GruppenleiterIn und ein/e SozialarbeiterIn in Teilzeit eingestellt. Der Vorteil dieses Konzeptes liegt darin, daß einerseits ein neues selbständiges Projekt geschaffen wird, man aber trotzdem auf die schon bestehenden Verwaltungsstrukturen der Ittartal gGmbH zurückgegriffen kann. Bei der Auswahl, der



# Spiel nicht mit den Schmuttelkindern

## oder das Ende des BIBO am Werwolf

In Solingen besteht seit Anfang der 80er Jahre für Bürgerinitiativen die Möglichkeit, sich in Räumlichkeiten zu treffen, die eigens hierfür geschaffen worden sind. Begonnen hat alles 1981. Verschiedene Initiativen (Solinger Volksblatt, Aktion Wohnungsnot, Anti-AKW-Gruppe, Kanal 4, etc.) mieteten auf der Burgstraße ein Büro an und gründeten das Bürger- und Medienzentrum. Mit Erstarken der Grünen stellte sich für die Gruppen und jeden einzelnen aktiven Menschen, die Frage, wie er es mit dieser neuen Partei halte.

Die Wahlerfolge und der diskrete Charme des Parlamentarismus erklären, warum die meisten den Reizen dieser neuen ja so ganz anderen Partei unterlagen. Daher war es damals selbstverständlich, daß die Grünen in dieses Zentrum integriert wurden.

Die doch sehr vereinzelt vorgetragenen Kritikpunkte, daß die Stärke der sozialen Bewegungen in ihrer Überparteilichkeit liegen und der Parlamentarismus nicht der Weg sein kann, seine Ziele durchzusetzen, trafen ganz und gar nicht den Zeitgeist. Schließlich verstanden sich die Grünen als parlamentarischer Arm der Bewegungen, der sogar mit Hilfe der Wahlkampfkostenrückerstattung die Initiativen unterstützen und natürlich auch die Finanzierung der angemieteten Räume gewährleisten konnte. Ein Problem, daß Menschen, die nicht mit den Grünen sympathisieren, aus diesen Zusammenhängen ausgegrenzt werden könnten, sah man nicht, da für die Grünen klar war, daß sie auf jeden Fall diese Widersprüche bequem aushalten würden.

Letztendlich mietete man Räume am Werwolf an und über viele Jahre sah es scheinbar so aus, als wenn diese Konstruktion für beide nur Vorteile hätte. Die Grünen verloren nicht den Kontakt zur Basis und die Initiativen hatten Räumlichkeiten um sich zu treffen. Vor allem aber gab es für neu entstehende Bewegungen direkt einen Anlaufpunkt. Das Friedensforum, die Initiative gegen die Volkszählung, die Demonstrationen gegen den Golfkrieg, die vom BIBO aus organisiert wurden und auch die Entstehung des Solinger Appells, der sich nach dem Brandanschlag gründete, zeigen deutlich die Notwendigkeit an, daß es einen Ort in dieser unserer Stadt geben muß, an denen sich kritische politische Geister treffen können. Bis vor kurzem nutzten die **tacheles**, der Solinger Appell, der Freundeskreis der PDS, eine kurdische Gruppe und die Grauen Panther, neben den Grünen das BIBO.

Jedoch konnten auf Dauer diese positiven Aspekte folgende Entwicklung nicht überlagern: Was anfangs ironisierend nur als diskreter Charme empfunden wurde, erwies sich als Krake. Die Grünen gingen immer mehr in der parlamentarischen Arbeit auf. Die daraus logisch folgende Übernahme ganz normaler Politikmuster, führte einerseits zur Integration der Grünen in die herkömmliche Parteienlandschaft, andererseits zu Diskrepanzen mit den Gruppen, die früher die Grünen auch als ihre Basis ansahen. Eine Folge ist, daß für viele Leute, die in diesen Bewegungen tätig sind, die Politik der Grünen nicht mehr mit den eigenen Vorstellungen kompatibel ist. Das Verhältnis zu den Grünen ist z. B. in der **tacheles** Redaktion sehr umstritten. Für einige sind die Grünen nicht mal mehr auf kommunaler Ebene wählbar, während andere noch aktive Mitglieder sind. Aufgrund diesen Verlaufs der Geschichte erschien es nicht abwegig, wenn sich auch in Solingen die Wege der Grünen und der verbliebenen Bewegungen, den ursprünglichen GeburtshelferInnen der Grünen, die sich anfangs selbst mehr als Bewegung denn als Partei verstanden, nicht nur ideologisch, sondern

Schlösser des BIBO waren ausgewechselt. Neben der **tacheles** erhielten weder der Solinger Appell noch der Freundeskreis der PDS und die kurdische Gruppe neue Schlüssel. Der Vorwurf lautete: Das Vertrauensverhältnis sei zerstört, da die Klos wiederholt verdreckt seien, es zu Lärmbelästigungen gekommen sei und... und.. und.. In den Gesprächen, die wir mit den Grünen Hausherrn und – Damen führten, um wieder einen Schlüssel zu erhalten, entpuppten sich die Vorwürfe gegen uns und die meisten anderen unerwünschten Gruppen als völlig haltlos. Der angeblich gestohlene Computer, der für die Stadtzeitungserstellung vom Ökofonds gespendet worden war, erwies sich als von der **tacheles** Redaktion für das Layout ausgeliehen.

Bei der Mitgliederversammlung der Grünen am 24. 9., die nach der Weigerung des grünen Vorstandes vom Sommer nur zustande kam, weil 16 grüne Mitglieder mit ihrer Unterschrift eine außerordentliche MV beantragten, hatten die Initiativen nur die Möglichkeit, durch ein kurzes Statement, die Vorwürfe zu entkräften, an der Diskussion durften wir nicht teilnehmen. Schließlich fand man trotz alledem einen Kompromiß. Der Appell und die **tacheles** erhielten unter Auflagen wieder einen Schlüssel und können bis zur endgültigen Aufgabe der Räume am Werwolf diese weiter nutzen.

Ach ja, eine von den Initiativen immer wieder geforderte Diskussion über die politischen Beweggründe der Grünen für ihr Verhalten fand niemals statt. Einzig stellte Reiner Daams die Gegenfrage, was denn diese Gruppen den Grünen geben würden. Hier wird ein Nützlichkeitsdenken von Parteistrategen deutlich. Nun es ist wohl auch nicht Aufgabe dieser unabhängigen Gruppen, Grüne Parteilarbeit zu machen. Die Frage zielte wohl eher darauf ab, den Nutzen für die Grünen im Wahljahr 1998 festzustellen. Es wird wohl so sein, daß die Grünen die Gelegenheit genutzt haben, eine Trennung von den linken Schmuttelkindern zu vollziehen. Als Stimmvieh sind diese eh nicht mehr zu gebrauchen (leider auch mangels Masse). Sie sind eher ein Hindernis, breitere Schichten "aus der Oberstadt" anzusprechen.

Für die **tacheles** und die anderen Gruppen geht es nun darum, andere Räumlichkeiten zu finden. Wer immer uns dabei behilflich sein kann, oder neue Räume mitnutzen will, melde sich bitte bei unserer Kontaktadresse.

**Gerd Kunde**

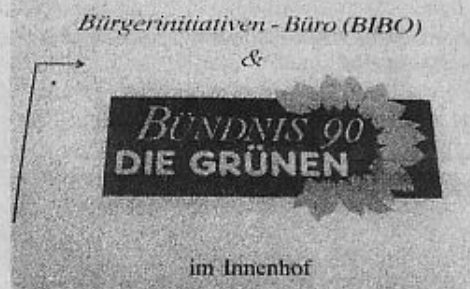


Foto: Thomas Lorbach

*Schon am Eingangsschild wird deutlich, wer hier die Macht will*

auch räumlich trennen. Der Beschluß der Grünen Mitgliederversammlung, diesen Schritt zu unternehmen, und sich eigene Büroräume ohne Initiativen zu mieten, überrascht daher nicht. Bis zum 31.3.1998 soll dies geschehen. Das BIBO am bisherigen Ort wird es nicht mehr geben. Nun kann man denken, daß dies eine saubere Lösung ist. Doch die Verfahrensweise, wie sich die Grünen, von ihren "Altlasten" befreit haben, sagt doch einiges über den Anpassungsprozeß dieser Partei aus. Eines schönen Tages, als wir, die **tacheles** Redaktion, unser letztes Treffen vor dem Prozeß gegen Kissel hatten, standen wir vor verschlossenen Türen. Die

Auch nach 18 Jahren noch:

# Alle Jahre wieder gefährden Politiker das Awn-Wohnprojekt

In den Beratungen der Bezirksvertretung Ohligs / Aufderhöhe wurde wiederum der Abriß des Hauses der Aktion Wohnungsnot (AWN) an der Aufderhöher Str. 126 diskutiert. Weiterhin wurde eine Überplanung des

genverantwortlichkeit und Selbstverwaltung geübt wird.

In den Beratungen der Bezirksvertretung Ohligs / Aufderhöhe wurde erneut der Bestand des Awn - Hauses in Frage gestellt,



Foto: Thomas Lorbach

Haus der Aktion Wohnungsnot am Aufderhöher Busbahnhof

zugehörigen grünen Hofes für Parkplätze diskutiert. Dazu erreichten uns zwei Resolutionen, eine vom Stadtjugendring Solingen und eine der Aktion Wohnungsnot, die sich beide für den Erhalt des Awn-Hauses mit seiner Hof- und Gartenfläche aussprechen:

## Resolution des Stadtjugendringes Solingen

Der Stadtjugendring Solingen hat in seiner Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses am 06.10.1997 einstimmig folgende Resolution verabschiedet:

Zur aktuell wieder aufgekommenen Diskussion um die Zukunft des Awn-Hauses bestätigt der Stadtjugendring seine Resolution vom 10.07.1991 und vom 06.12.1994 für den Erhalt des Hauses der Aktion Wohnungsnot an der Aufderhöher Straße 126.

Nach wie vor besteht in Solingen ein Mangel an preiswertem Wohnraum, der besonders junge Leute trifft. Das Angebot der Aktion Wohnungsnot ist seit 18 Jahren ein wichtiges Hilfsangebot für junge, finanziell schlechtergestellte Menschen in akuter Wohnungsnot. Das Awn-Haus ist ein demokratisch organisiertes Wohnprojekt, bei dem Ei-

richtung des Awn-Hauses mit seiner Hof und Gartenfläche.

## Resolution der Aktion Wohnungsnot Solingen e. V. zur Ausbauplanung Zentrum Aufderhöhe

Hiermit sprechen wir uns gegen die Rodung der Garten- und Hofanlage hinter dem Haus der Aktion Wohnungsnot e.V., Aufderhöher Straße 126, zum Parkplatzbau aus.

Der geplante Radweg auf der Aufderhöher Straße läßt zwischen Löhdorfer und Nußbaumstraße 5 Parkplätze wegfallen. Diese Parkplätze sind stattdessen auch mit den städtisch bezahlten Parkplätzen vor der alten und neuen Stadtparkasse zu ersetzen. Auch ist der große Parkplatz Ecke Löhdorfer und Aufderhöher Straße nicht ausgelastet. Ganz im Gegenteil sind wir für die Erhaltung aller Bäume, sowie gegen die unnötige Versiegelung von Flächen im städtischen Bereich.

Der Hof, so wie er jetzt besteht, wird von vielen älteren Aufderhöhem als grüne Oase genutzt. Auch machten die Gespräche der Awn-Hausbewohner mit den Anwohnern eine breite Zustimmung zum Erhalt der Anlage deutlich. Weiterhin würde die Wohnqualität des städtischen Wohnhauses erheblich unter diesem Eingriff leiden. Wie auch der Hof zur Erhaltung des durchschnittlich zehn finanzschwache junge Menschen beherbergenden Hauses wichtig ist. (Z.B. für Holzhacken, Haus- und Gartenarbeiten).

# CAFE PIVA

## Restaurant

**Anatolische Spezialitäten**

*Frühstück, Vorspeisen,  
türk. Pizza, Döner, Grillspezialitäten...*

täglich 10 - 22 Uhr geöffnet

*Konrad-Adenauer Str. 31  
Tel. 27 31 08  
Inhaber: Memet Yildiz*



# Stadtflucht auf höchster Ebene

## Auf Wiedersehen Solingen - das Rathaus macht sich auf ins Grüne!

Seit einiger Zeit „prüfen“ einige Gremien der Stadt Solingen den Umzug des Rathauses in den ehemaligen Solvay-Verwaltungskomplex an der Bonner Straße in Olix. Natürlich findet diese Prüfung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und es ist zu befürchten, daß letztlich wieder einmal vollendete Tatsachen geschaffen werden. Dies ist auch notwendig, denn viele Bürger dieser Stadt sehen, daß die bisherige „Attraktivierung“ des Zentrums Grund für die schlimmsten Verwüstungen seit dem Weltkrieg ist, und mit dem angestrebten Umzug wird der Angriff der Luftstreikräfte langfristig wohl übertroffen. Es geht um die Entkernung der Stadt. Einige Konsequenzen seien hier nun aufgezählt:

1. Das Thema unserer Zeit sind wohl die Kosten. Sie sind der Grund für schlechte Schulen und wenige Kindergärten, die Höhe der Gewerbesteuer, die Erhöhung von Gebühren und vieles mehr. Es kann keinen Zweifel geben, daß die Experten der Stadt fähig sind, alles schön zu rechnen, was einige auch versuchen werden. Am Ende dürfte jedoch trotz aller Feilscherei für die Bürger noch ein dickes Minus übrigbleiben.

2. Bürgernähe und Transparenz der Verwaltung und Politik sind Ideale, die im Rathaus Cronenbergerstraße nie realisiert wurden, in Olix werden sie definitiv zur Unmöglichkeit. Es zeigt sich, daß die Spitzen der kommunalen Gesellschaft die städtische Lebenswelt nicht suchen, sondern sich vor ihr fürchten. Im Zentrum zu leben, heißt die Konsequenzen der Politik hautnah zu erleben. Die Flucht ins Grüne ist

ein unmißverständliches Symbol einer Entfremdung vom städtischen Milieu. 3. Den oft zitierten Interessen der Kaufleute ist eine derartige Entwertung des Zentrums nicht dienlich. Die Geschäftswelt Solingens hat unter den zu erwartenden Umsatz-

brüchen durch apokalyptische Bautätigkeit, der wachsenden Konkurrenz durch Einkaufszentren und der schwindenden Kaufkraft genug zu leiden. Die Verlagerung des Rathauses führt zu einer weiteren Verringerung der Kundschaft, die für eine Anzahl von Unternehmen das Aus bedeuten wird.

4. Die Verlagerung der Machtstrukturen in den Randbereich der Stadt verändert massiv ihren Charakter, wie bei einer Kreisstadt wird Mobilität für Nutzer und Beschäftigte not-

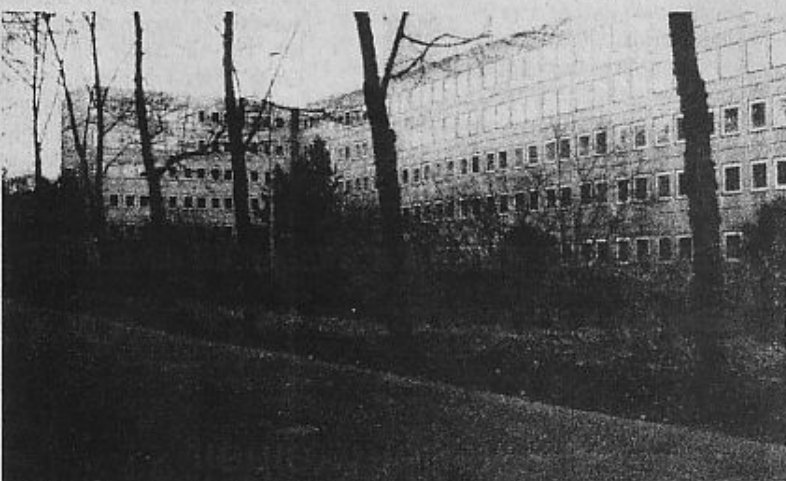


Foto: Thomas Lorbach

*Das neue Domizil der Solinger Stadtverwaltung?*

wendig gemacht. Praktisch gesehen, ist die Erschließung durch den Nahverkehr in der Olixer Heide mehr als beschissen, und dem teuer hergerichteten Naturschutzgebiet direkt vor der Tür, werden Autokolonnen zusetzen. Vergessen ist die Politik der kurzen Wege und obskure ökologische Versprechungen.

# „Wir haben es nötig!“

**SoliAbos**

25 DM für ein Jahr  
BfG – Konto 241 545 6300  
BLZ 330 101 11  
Kontoinhaber ist F. Prinz  
Stichwort tachelesAbo  
Adresse angeben!

**Prozeß kostenhilfe**

Uns steht ein Prozeß ins Haus, denn wir haben in den Augen eines „ehrenwerten Bürgers“ zuviel gesagt. Wir brauchen deshalb Geld... Konto siehe oben!

**Der Leser hat's gut:**

**Er kann sich seine Schriftsteller aussuchen.\***

**Wo?**



**Klekenap & Klekenap**

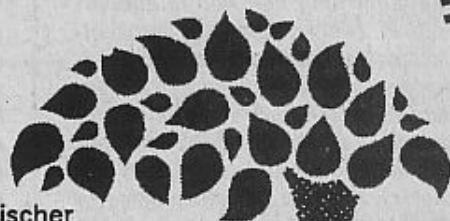
Ihre Buchhandlung – seit über 10 Jahren in Ohligs  
Grünstraße 19  
42697 Solingen

Telefon (0212) 79972 / Fax 75786

\*Der Schöpfer dieses Ausspruchs starb 1935 in Schweden.

**Naturschutz aktiv in Solingen**

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern



Bergischer  
Naturschutzverein  
Telefon 329642

# RBN

# Den Kopp voll Nix - aber davon viel

## Journalistische Lehrjahre in der Provinz

*„Ne Kopp voll nix, nur die paar instinktive Tricks et duhrt lang, besste dich durchblicks“  
(Wolfgang Nideckens BAP; Verdamp lang her“ EMI-Musikant, 1C 064-46438)*

### Erich Mühselig's Geschichtsstunde

*...„In einem unbekanntem Land, vor gar nicht allzu langer Zeit...“ genauer gesagt, im Sommer '83 befand ich mich auf Besuch im Westteil des damals noch auf zwei deutsche Hälften verteilten Berlins. Beim Stöbern in einem Antiquariat entdeckte ich eine Art Anthologie, von dessen gesammelten Texten einige recht interessant schienen. Im Dezember 1982 erschienen, war das Buch damals noch recht aktuell. Ich erwarb das Teil und war beim Schmökern doch recht angenehm überrascht, einen gelungenen satirischen Rückblick auf die damaligen Zeitumstände in Solingen zu finden, eine Zeit die zufällig auch mit meinem Geburtsjahr synchron ist. Überhaupt laufen hier einige seltsame Zeitschienen zusammen; wir drucken 1997 einen Text ab, der schon 1982 ein Rückblick auf die Zeit von '66 - '68 ist, und das wirklich erschreckende ist das sich seitdem so wenig geändert hat. Wohl jeder mit den lokalen Gegebenheiten einigermaßen vertrauter Mensch wird die Zustände in unserer geliebten Heimatstadt noch immer treffend porträtiert finden. Wir haben uns entschlossen den folgenden Artikel aus der „Ästhetik und Kommunikation“ vom Dez. 1982, den wir mit freundlicher Genehmigung des Autors abdrucken, in zwei Ausgaben zu veröffentlichen. Der Teil in dieser Ausgabe illustriert äußerst treffend den für Solingen typischen Provinzmief. Im zweiten Teil, welcher in der nächsten tacheles erscheint, setzt sich der Autor kritisch mit der Arbeitsweise im Tageblatt auseinander. Wir befürchten, daß auch im diesen Teil seine Analyse heute noch gültig ist. Aber genug der einleitenden Worte, lehnt euch behaglich zurück und lest selbst.*

**Erich Mühselig**

Jeder Journalist, der einigermaßen was auf sich hält, weiß von prägenden Ereignissen aus den Anfängen seiner Laufbahn zu berichten. Da hat dann ein legitimer Nachfahre Emile Zolas - manchmal tut's auch Egon Erwin Kirsch - in einer Redaktionsstube in der Provinz gegessen und einigen Leuten kräftig ein's eingeschenkt. Als Kontrahenten eignen sich insbesondere einflußreiche Filzokraten aus der kommunalpolitischen Szene, denen man die Wirksamkeit der Waffen journalistischer Kritik nachhaltig zu demonstrieren mußte. Solche Begebenheiten wollen mir partout nicht einfallen, wenn ich an jene beiden Jahre denke, die ich als Volontär einer mittleren Tageszeitung zugebracht habe. Ich meine, ich habe mich auch nicht gerade zum Bierholen schicken lassen, aber spektakuläre Auseinandersetzungen, aus denen sich nachträglich ein paar an Herz & Unterleib greifende gesellschaftskritische Anekdoten schlagen ließen, die gab es einfach nicht.

Was Wunder: Ich arbeitete in einer Zone geistiger Windstille. Alles das, was in den Jahren 1966 bis 1968 diese Republik bewegte, spielte sich außerhalb meiner Stadt ab. Es war die Zeit der Großen Koalition: Ein Polizist namens Kurras erschoss den Studenten Benno Ohnesorg, ein gewisser Axel Caesar Springer wurde immer mächtiger, es gab den studentischen Protest gegen den Krieg in Vietnam, das Attentat auf Rudi Dutschke - für mich waren das Agenturmeldungen, Funkbilder, Tagesschaufilme, Kommentare in der 'Frankfurter Rundschau' und Berichte in der 'Zeit', schließlich ein rororo-Taschenbuch: 'Was wollen die Studenten?'. Nicht, daß die Nachrichten über ferne Auseinandersetzungen mich nicht beunruhigt hätten - ich fühlte mich durchaus als Sympathisant jener Leute, denen man (schon damals) die Köpfe blutig schlug - bloß: die Frontlinie verlief woanders, ich war anpolitisiert, aber hilflos, konnte allenfalls moralische Verbindungslinien ziehen zwischen den studentischen Kampf und meiner täglichen Arbeit. Und so fuhr ich denn am Karsamstag 1968 nach den Schüssen auf Rudi Dutschke voll Wut und Trauer mit meiner damaligen Freundin, späteren Verlobten und nachmaligen Ex-Frau von Solingen nach Köln, um an einer Demonstration gegen Springer und die Manipulationspraktiken seiner Zeitung teilzunehmen, den Rat eines verunsicherten älteren Kollegen noch im Ohr, der gerade einen Anstellungsvertrag bei Springers 'Welt' unterschrieben hatte: „Um Gottes willen, demonstrieren Sie!“ Dazu war ich bereit, schon aus Gründen der journalistischen Ethik, aber knapp vorbei ist halt auch

daneben; wir verpaßten die Demo, weil wir den Sammelplatz nicht fanden. - Um beim Berufsethos der Journalisten zu bleiben: Da diese Gattung von Menschen professionell dazu verpflichtet ist, auch aus total versägten Situationen noch was Brauchbares zu machen, sind wir dann einfach ins Kino gegangen und haben uns 'Easy Rider' angesehen - ein Verfahren, das politisch sicherlich anrüchig sein mag, von mir aber schon oft mit Erfolg praktiziert worden ist und sich zur Nachahmung durchaus empfiehlt.

### Exkurs über die Provinz

Die Redakteure der Brokhaus-Enzyklopädie haben ihre Schwierigkeiten mit der Beschreibung der Realität. So behaupten sie in Bd. 15 ihres monumentalen Werkes unter dem



*Wolfgang Stenke bei der Arbeit*

Stichwort 'Provinz': „In der Bundesrepublik Deutschland gibt es in keinem Land mehr P. (...). Staatsrechtlich mag das ja auch stimmen, aber was andere Konnotationen des Begriffs angeht, so könnte ich Ihnen einiges erzählen. Zum Beispiel über Solingen. Das ist die Stadt, in der ich aufgewachsen bin, zur Schule ging, Foxtrott lernte (1963?), Abitur machte (1966!), ein Redaktionsvolontariat beim 'Solinger Tageblatt' absolvierte (1966-



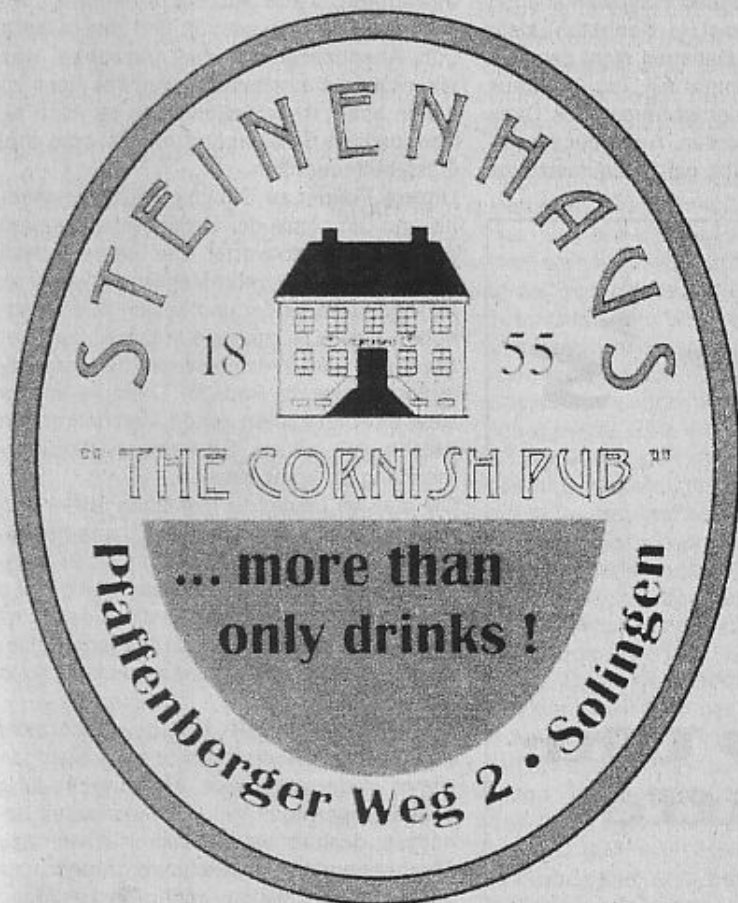
68). Mal sehen, was mir dazu, neben dem „Bergischen Heimatlied“ („Wo die Wälder noch rauschen ...“) einfällt. Also: 174 000 Einwohner, aber keine richtige Großstadt – sehr flächig angelegt, weil aus fünf ursprünglich selbständigen Gemeinden zusammengewachsen. Viel metallverarbeitende Industrie (Spezialität: Schneidwaren), aber kein industrieller vom Zuschnitt der Städte an der Ruhr. Angesichts japanischer und italienischer Konkurrenz ist man hier seit geraumer Zeit übrigens damit beschäftigt vorzuführen, was denn eigentlich eine Strukturkrise ist. Jede Menge Männergesangsvereine, aber nicht das, was man eine Kulturszene nennen könnte. Das Stadttheater registriert immer dann Besucherrekorde, wenn die „Csárda'sfürstin“ gegeben wird. Außerdem hat es da 1. eine Innenstadt, deren prägende städtebauliche Akzente von Karstadt, Kaufhof und Sparkasse gesetzt wurden; 2. eine Fußgängerzone, die der von Gießen, Kassel oder Braunschweig fast bis auf die Waschbetonplatte gleicht; 3. eine großwahnsinnige Verkehrsplanung, die sich 1966 schon anschickte, jene wenigen Gebäude im Stadtkern, die 1944 nicht von der Royal Air Force

in Trümmer gelegt worden sind, unter nahezu einhelliger Zustimmung sämtlicher Fraktionen des Kommunalparlaments zum Abriß freizugeben. Ansonsten: Ein mehr als mäßiges Kinoprogramm, viele Heimatfeste („Hahneköpper“) und Überreste einer traditionsreichen, kämpferischen Arbeiterbewegung. Die 'Bergische Arbeiterstimme' wurde in der „Junius-Broschüre“ über „Die Krise der Sozialdemokratie“ (1916) auch schon mal von Rosa Luxemburg zitiert, der kommunistische Meisterspion Richard Sorge war in den zwanziger Jahren Redakteur in Solingen, die KPD erzielte bis in die 50er Jahre Wahlrekorde.

Schließlich: Carl Friedrich Goerdeler, einer der deutschnationalen Widerstandskämpfer gegen Hitler, war von 1912 bis 1920 Beigeordneter in Solingen. Das sind halt die alten Geschichten, mit denen diese Stadt sich auch heute noch gerne schmückt. Aber es geht ihr damit wie mit ihrem Stadtbild: Die Nivellierung auf bundesdeutsches Normalmaß ist nicht zu übersehen. Aktuelle Lage: Einige wenige Scene-Kneipen (u. A. „Mumms“ auf der Mummstraße) in denen ein paar Figuren aus der in Solingen verbliebenen Intelligenz

seit 1968 erfolgreich bemüht sind, eben den Rest derselben zu versaufen, zwei Zeitungen (immerhin!) nämlich das 'Solinger Tageblatt', bei dem ich zu frönen pflegte, und die wesentlich kleinere 'Solinger Morgenpost' – dies ein Ableger der ursprünglich erzkatholischen 'Rheinischen Post' („Christ & Geld“) in Düsseldorf, die man in Solingen auch als „Rheinische Pest“ zu ironisieren gewohnt ist. Viel mehr gibt's über diese Stadt nicht zu berichten – 1968 war das auch nicht anders, bloß das Bier im „Mumms“ war damals noch billiger und die KPD/AO Kader hatten bis in die frühen 70er Jahre noch ihren missionarischen Blick. Ja, so war das – nichts Besonderes, das Modell Deutschland seit nahezu 20 Jahren in der Nußschale. Ein paar Figuren aus der Kommunalpolitik sind ausgewechselt worden, die CDU erfreut sich mittlerweile einer Bürgerblockkoalition mit der FDP – für die Journalisten am Ort heißt auch das: „Business as usual.“

Wolfgang Stenke



## Café Stadtgeflüster

das etwas andere Café

**Snacks Frühstück  
Kuchen  
Pfannekuchen  
Griechisches Gebäck  
und vieles mehr...**

**...zu super Preisen!**

Hauptstraße 9 • 42651 Solingen • Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:

Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,  
So. & Feiertags 10.00 bis 21.00 Uhr

# Die kleine Reise nach Feuerland

## Besuch einer Kommune in Brandenburg

Im letzten November fuhren wir, eine Gruppe von Interessierten aus Solingen und Wuppertal für ein Wochenende nach Feuerland. Es ist nicht das Feuerland, das an der Südspitze Südamerikas liegt und dessen Ureinwohner von weißen Eroberern gnadenlos ausgerottet wurden, sondern wir besuchten die Gemeinschaft Feuerland. Sie liegt bei Brüssow in der Uckermark, einem Teil von Brandenburg, der ziemlich dünn besiedelt ist und überwiegend landwirtschaftlich genutzt wird.

Einsam außerhalb des Dorfes gelegen, ist das große Gemeinschaftsgelände nur über Feldwege erreichbar. Nach langer Fahrt kamen wir hier schließlich Freitagabend buchstäblich am Ende der Welt an. Dieser Eindruck wurde am nächsten Morgen noch unterstrichen durch die ungewohnte Stille und Weite der den Hof umgebenden Landschaft.

Bei der Ankunft wurden wir recht gastfreundlich mit warmer Gemüserahmsuppe und Tee empfangen und im Gemeinschaftsraum in der Scheune untergebracht und einige FeuerlandbewohnerInnen stellten sich noch unseren neugierigen Fragen.

Neben dem Gemeinschaftsleben interessierte uns der dem Gemeinschaftsleben zugrundeliegende Ansatz der Radikalen Therapie (RT). Aus der Erkenntnis heraus, "daß Gemeinschaftsentwicklung ohne die gezielte Entwicklung der Einzelnen und ihrer Ausdrucksmöglichkeiten kaum realisierbar ist"

wendet die Gruppe diese Methode seit mehreren Jahren systematisch an. Mindestens zweimal im Monat wird ein entsprechender Abend gemacht, wobei es aufgrund der kleinen Gruppengröße keine Geschlechtertrennung gibt.

Auch andere Gemeinschaften probieren RT mittlerweile aus.

In der Ausgabe 5 der tacheles wurde das Konzept der Radikalen Therapie bereits in Grundzügen vorgestellt, weshalb hier nicht weiter ausführlich darauf eingegangen wird.

Am Samstagmorgen wurden wir nach dem Frühstück erst einmal durch die Gemeinschaft geführt. Da wäre an Räumlichkeiten zunächst das Hauptwohnhaus zu nennen, ein älteres, nicht sehr hohes Bauernhaus, dessen Zimmer baulich geteilt wurden, damit die meisten Gruppenmitglieder hier erst einmal einen eigenen Raum bekamen. Neben der Kommuneküche, dem Eß- und Wohnzimmer gibt es noch Räume für die Frauen.

Nebenan ist seit längerem ein Haus im Wiederaufbau, daß einmal das Frauenhaus werden soll.

Der von umherziehenden HandwerkerInnen komplett neu eingesetzte Dachstuhl sieht recht imposant aus. Daneben steht der ehemalige Stall, der einmal ein Tagungshaus werden soll, auch hier ist bereits das Dach komplett erneuert worden. Auch bei der riesigen, hallenartig durch ganze Baumstämme

getragenen Holzscheune wurden Schäden im Dach zuerst ausgebessert um weiterem Substanzverfall vorzubeugen. Im dreigeschossigen Ziegelteil der Scheune bauen sich zwei Männer eigene Zimmer aus, wobei wir im Laufe des Tages etwas halfen (anbringen von Regipsplatten). Außerdem wohnen und arbeiten noch einzelne Leute in Wagen, die auf dem Gelände stehen.

Es gibt einen großen Nutzgarten und einen etwas kleineren mit Blumen und Sträuchern. Zusätzlich wird auf einer größeren angrenzenden Fläche Gemüse angebaut, was teils selber eingelagert und verbraucht wird, teils per Direktvermarktung kistenweise an EinzelabnehmerInnen in Berlin geliefert wird. Die Äpfel der großen Obstbaumwiese werden zu Apfelsaft und -wein verarbeitet und bis nach Berlin verkauft. An Tieren werden freilaufende Hühner gehalten, eine Haflingers-tute und mehrere Hunde und Katzen wobei daran gedacht wird, das Ganze später zu einem Erlebnisbauernhof mit vielen Tieren für Kinder auszubauen.

Nach der Arbeit in Kleingruppen draußen, die am späten Nachmittag beendet wurde (Hof aufräumen, Zaun setzen, Apfelsaftkisten schleppen) wurde gespült und das wirklich gute Abendessen aus dem gezaubert, was wir mitgebracht hatten und was das Haus zu bieten hatte. Anschließend gab es noch einen lustigen Spieleabend mit unseren drei GästebetreuerInnen.

Unsere Fragen zu Struktur, Selbstverständnis und Ökonomie der Gemeinschaft wurden auch noch beantwortet. Die Gemeinschaft besteht aus etwa zehn Menschen, wobei allerdings keine Kinder und keine älteren Menschen sind. Die meisten kommen aus der Stadt und sind Westdeutsche, die Anfangsmotivation war die Radikale Therapie, mit der viele BewohnerInnen schon Vorerfahrungen hatten, mit einem Gemeinschaftszusammenhang zu kombinieren.

Die meisten Leute, die hier leben fühlen sich ganz wohl, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, daß sie vom Konzept der Gemeinschaft überzeugt sind. Nur ganz wenige sind bisher wieder gegangen, allerdings dauert es meist auch längere Zeit bis Menschen hier langfristig leben wollen und es kommt auch nicht so häufig vor.

Die harten Winter hier sind psychisch nicht ganz leicht zu überstehen aber es kommen immer wieder viele Gäste, die Abwechslung bringen, aber auch viel Aufmerksamkeit benötigen, deshalb ist die Gemeinschaft dazu übergegangen neue Besuchergruppen nur noch dann einzuladen, wenn sich genügend

**Meier's**  
LOKAL

**Solingen-Gräfrath**

In der Freiheit 22

**Sonntag's ab 10 Uhr  
Frühstücksbuffet**



Leute aus der Gemeinschaft bereifinden, sie zu betreuen. So gesehen hat die Gemeinschaft sicherlich Ausstrahlung, sie zieht mit ihrem gelebten Konzept der Radikalen Therapie und ihrem anarchistisch geprägten Lebensmodell viele Menschen an, die diese Praxis zumindest kennenlernen wollen. Die Gruppe wächst nur langsam, das liegt vermutlich daran, daß sowohl Interessenten wie auch die Gruppe gegenseitig recht anspruchsvoll sind, so daß selten Leute langfristig über eine Probezeit hinaus bleiben.

Die Gemeinschaft mit ihrem ausgeprägten RT-Ansatz ist nur für die Menschen attraktiv, die tatsächlich an ihrer Persönlichkeit arbeiten wollen. Insofern steht sie unter anderen Gemeinschaften mit politischer Ausrichtung ziemlich alleine da. Dafür ist aber der Kontakt zu anderen RT-Gruppen durchaus vorhanden. Auch die Vernetzung mit anderen Gemeinschaften wird gefördert, zum einen durch gegenseitige Besuche und Hilfen, zum anderen durch ein internes Magazin das von vielen Gemeinschaften getragen und zur Diskussion und zum Austausch genutzt wird. In der Region haben sich ebenfalls viele Kontakte zu Einzelpersonen und Projekten ergeben.

Die praktische Politik der Gruppe beschränkt sich im wesentlichen auf die oben genann-

ten Bereiche. Ein wichtiger Bereich ist neben der Ökologie aber noch die Frauenpolitik. So wird versucht die Gemeinschaft frauenfreundlich zu gestalten und ihren Anteil an den BewohnerInnen zu erhöhen. Die traditionell den Frauen zugewiesene Reproduktionsarbeit z.B. Waschen, Putzen und Kochen wird durch gemeinsame dafür vorgesehene Tage gleichmäßiger verteilt.

Ökologisch gesehen fällt das Gelände auf, das reich gegliedert und leicht verwildert ist und durchaus als ökologisch wertvoll einzustufen ist. Außerdem gibt es sowohl Komposthaufen als auch ein Kompostklo. Auch ein kleines Windrad steht auf einer Ecke des Geländes, das allerdings aufgrund einer fehlenden elektronischen Steuerung noch nicht betriebsbereit ist.

Auf einer Feldfläche und einem großen Nutzgarten wird Gemüse angebaut. Es wird sowohl von der Gemeinschaft gegessen, als auch in Gemüseboxen an Direktbezieher in Berlin geliefert.

Dadurch und durch die Herstellung von Apfelsaft und Apfelwein von der eigenen Obstwiese werden die Finanzen aufgebessert. Finanziell bringen auch ein Lieferwagenservice, Architektenarbeiten und Arbeiten in Jobs außerhalb etwas ein. Einige Menschen arbeiten nicht in ihren gelernten Berufen, auch die



Arbeitsmoral ist nicht besonders rigide, obwohl es schon eine Kernarbeitszeit gibt, in der gearbeitet werden sollte. Bei den finanziellen Ausgaben geht es prinzipiell nach den Bedürfnissen, wobei größere Posten zusammen entschieden werden und aufgrund von knappen Finanzen, die vom Schatzmeister dann bekanntgegeben werden, eigene Beschränkung gefragt ist. Das Gelände wurde vor einigen Jahren mit Hilfe von Eigenmitteln und Darlehen gekauft.

Christof Quack

Solingen

## UNTER' M STRICH

Das ultimative Videomagazin von Jugendlichen  
für Jugendliche

### FOTOWETTBEWERB

Freundschaft. Liebe. Sexualität.  
Ausstellung und Preisverleihung

### PRÄSENTATION in der

Cobra, Merscheiderstr. 77

Es spielen die Bands: Lockjaw + Jet Bumpers

**MONTAG, 15. DEZEMBER 10.00 UHR**

Eintritt Frei - Schulklassen sind herzlich eingeladen

Es arbeiten zusammen: Jugendamt, Interju und VHS

# Wie aus dem "Opfer" der "Kamerad" Müller wurde

Am 5. Oktober, des vergangenen Jahres, überfielen drei Schläger gegen 22.30 Uhr einen 36-jährigen Solinger in der Innenstadt. Ihnen mißfielen offensichtlich die langen Haare des bärtigen Opfers sowie das fremdländische Aussehen seiner Begleiterin, die sie als "Ausländerschlampe" titulierte. Von der Polizei am gleichen Abend noch gestellt, versuchten die dann noch, den Spieß umzudrehen und sich als Subjekte der Aggression ihres Opfers darzustellen.

Vor Gericht bestritten sie jeglichen Zusammenhang bzw. Verbindung zur rechtsradikalen Szene, obwohl ihnen weitere Gewaltexzesse mit ausländerfeindlicher Motivation angelastet wurden. Unter anderem der Überfall auf einen Farbigen mit Reizgas in einem O-Bus, der Einsatz einer Schreckschußpistole in der Eishalle sowie eine Auseinandersetzung mit auf der Grünwalderstraße.

Inzwischen wurde das Trio rechtskräftig ver-

urteilt der Rädelsführer Thomas M. zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten sowie dreitausend Mark Schadensersatz. Inwieweit tatsächlich eine Verbindung zu organisierten Nazikreisen bestand, darüber schaffte Ende September ein Schreiben der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" Klarheit. Im Namen der HNG bitet da Solingens bekanntester "Wichtigster" der Neonaziszene, Bernd Koch, um Nachsicht für den "Kameraden Müller", der ein "anständiger und fleißiger junger Mann" sei, für den eine "Ratenzahlung nach der Inhaftierung, in angemessener Höhe" denkbar sei.

Abgesehen davon, daß u.a. unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen mit ihren Steuergeldern, Typen wie Koch, Müller und Co, deren einziges Verdienst wohl ist, von Geburt an deutsch zu sein, mit durchziehen, weiß natürlich jeder, daß von solchen Leuten, nichts zu erwarten ist.

H. O. Bones

**Was wäre, wenn Sie 85 Jahre lang jeden Tag sechs Richtige im Lotto hätten?**

85 Jahre lang jeden Tag einen Sechser im Lotto, das wäre die ungefähre Summe, die das bislang größte Rüstungsvorhaben der Bundeswehr verschlingen würde. Schließlich sollen 180 Jagd- und Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter 2000 insgesamt 30 Milliarden Mark kosten.

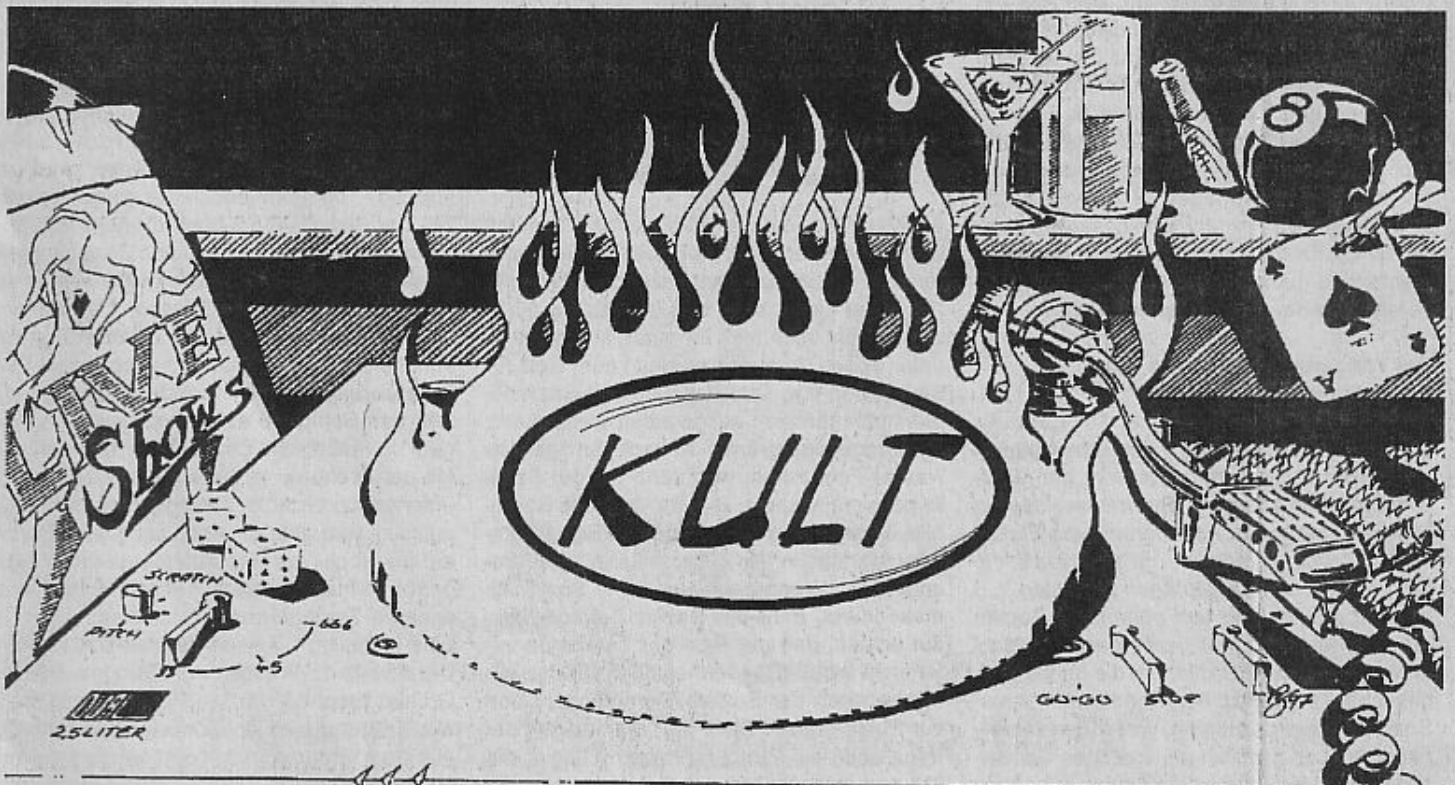
## Veranstaltungstips

### im Kult

Sa., 6.12. 20 Uhr  
Black Sunshine A little bit unplugged

jeweils Donnerstags ab 20 Uhr:

- 4.12. Dj Siegfried + Roy Reggae'n core
- 11.12. Dj Alex + Jan Rare Grooves
- 18.12. Dj del Sud con Punk il anni 80
- 8. 1. Dj Alex + Jan Rare Grooves



Jeden Donnerstag DJ - Tag ab 20.00 Uhr  
Solingen - Werwolf 28 - Tel.: 20 54 65



# LeserInnenbriefe

Herzlichen Glückwunsch zum gewonnenen Prozeß!

Endlich gibt es wieder einmal einen Grund, einen Erfolg der Linken im politischen Kampf zu feiern! Der rechtsextreme Bauunternehmer Kissel darf nach dem Prozeß gegen die tacheles am 9. 9. 1997 vor dem Wuppertaler Landgericht nun offiziell "Volksverhetzer" und "Auschwitzleugner" genannt werden. Seine Tätigkeit als Bauunternehmer und Verbreiter rechter Propaganda in Solingen ist in Zukunft ernsthaft in Frage gestellt.

Dank hartnäckiger Arbeit und nach verlorenem Prozeß in erster Instanz hat das Wuppertaler Landgericht Euch nun doch recht gegeben bei dem, was Ihr schon länger versucht: Rechtsextremistische Tendenzen, fremdenfeindliche Propaganda und Drahtzieher dieser Szene öffentlich an den Pranger zu stellen. Der Freispruch der tacheles setzt Zeichen. Der Ausgang des Prozesses hat Hoffnung gemacht und gibt wichtige Impulse. Es ist gut zu wissen, daß es nach dem Brandanschlag in Solingen immer noch Leute gibt, die sich mit Erfolg gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. Der Prozeß hat gezeigt, daß Gegenmacht-tendenzen nach wie vor da sind und sich nicht

erschüttern lassen. Es ist abzusehen, daß Kissels Ruf in Solingen ernsthaft gefährdet ist. Wer diesem Mann noch öffentliche oder private Aufträge zukommen läßt, muß sich in Zukunft klar darüber sein, damit einen Volksverhetzer und Auschwitzleugner zu unterstützen. Dem unternehmerischen und politischen Treiben muß Einhalt geboten werden. Es ist nicht vorstellbar, daß die Stadt Solingen Kissel noch Aufträge erteilt, dies wäre verantwortungslos und würde zeigen, daß die Stadt Solingen keine Konsequenzen aus ihrer Vergangenheit gezogen hat. Ihr habt erheblich dazu beigetragen, das öffentlich zu machen. Der Erfolg der tacheles bei dem Prozeß setzt Zeichen. Was vor allem bleibt, ist Mut, Lust und Kraft zum Weitermachen. Wir haben gesehen: Es lohnt sich doch.

Solidarische Grüße aus Wuppertal  
**Monika Schäfer**

## Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bin erleichtert, daß das Landgericht Wuppertal das Urteil gegen ihren ehemaligen verantwortlichen Redakteur Herrn Müller aufgehoben hat. Ich hoffe, daß dieser Freispruch sie motiviert weiterhin so engagiert gegen rechte Tendenzen zu berichten und für demokratische Werte einzutreten. Viel Erfolg für ihre weitere Arbeit!

Mit freundlichen Grüßen  
**Ernst-Martin Walsken**

# "Packt die Badehose ein"

Neuaufgabe des Golfkriegs droht: The Germans To the Front

Diesmal will Deutschland mit dabei sein und nicht nur wie beim letzten mal zusehen und zahlen (16 Milliarden DM). So jedenfalls will es Kriegsminister Volker Rühle: "Wenn wir 1991 die Bundeswehr von heute gehabt hätten, dann hätten wir uns damals wohl in anderer Weise beteiligt."

Auf die Frage, was deutsche Soldaten am Persischen Golf zu suchen haben, werden vordergründig moralische Antworten gegeben. Es gehe darum dem Kriegstreiber Saddam Hussein endgültig das Handwerk zu legen. Es fragt sich nur, warum die Wüstensturm-Alliierten dies nicht bereits 1991 getan haben, als sie kurz vor Bagdad standen und Saddam geschlagen war.

Es geht wie immer bei solchen Sachen hauptsächlich ums Geschäft. Vor dem I. Golfkrieg war Deutschland maßgeblich an der Aufrüstung der Hussein-Diktatur beteiligt. Der Golfkrieg selbst war dann für die Amerikaner und Engländer ein Plusgeschäft, welches u.a. von Deutschland lediglich mitfinanziert werden durfte. Als neuer Global Player will man nun selbst dabei sein, den nur wer mitkämpft, darf mit absahnen.

Also Jungs von der Bundeswehr: Packt schon mal die Badehose ein. Am Persischen Golf kann es nämlich schon mal ganz schön heiß werden.

H.O. Bones

**Kinoprogramm**  
**DEZEMBER 1997**

**PER KELLER**

**Programmkneipe mit Kino**  
 Schützenstraße 39  
 Solingen  
 Tel. 02 12 / 4 74 39

**Achtung: leicht geänderte Anfangszeiten!**

	18.30 + ca. 23.00 Uhr	circa 20.45 Uhr	
04.12. Do 05.12. Fr 06.12. Sa 07.12. So 08.12. Mo 09.12. Di 10.12. Mi	Rosanna's letzter Wille	Liebesflüster	04.12. Do 05.12. Fr 06.12. Sa 07.12. So 08.12. Mo 09.12. Di 10.12. Mi
11.12. Do 12.12. Fr 13.12. Sa 14.12. So 15.12. Mo 16.12. Di 17.12. Mi	75. live new club mit 6 Bands - kein Kino bandids	BRASSED OFF	11.12. Do 12.12. Fr 13.12. Sa 14.12. So 15.12. Mo 16.12. Di 17.12. Mi
18.12. Do 19.12. Fr 20.12. Sa 21.12. So 22.12. Mo 23.12. Di	mit absaufen tilli sangrie in pisspott		18.12. Do 19.12. Fr 20.12. Sa 21.12. So 22.12. Mo 23.12. Di
26.12. Fr 27.12. Sa	highlightabend + 1. wagnacht in aufz. wagnacht = 27.12. party band new good for you part 3 - kein kino		26.12. Fr 27.12. Sa
28.12. So 29.12. Mo 30.12. Di 01.01. Mi	Henry Kissel, Gerry Lewis, Keltie Taranino, Chastity Lewis DUSK 'N' DAWN	Pulp Fiction	28.12. So 29.12. Mo 30.12. Di 01.01. Mi
02.01. Fr 03.01. Sa 04.01. So 05.01. Mo 06.01. Di 07.01. Mi	silvester kan ver en - feiern wir uns selbst - juten rutsch und kommt gab rein aber bis condos - neujahr prlegen wir unseren kelter oder wir machen doch ein schau ver mal - künst: da mal arzurant!		02.01. Fr 03.01. Sa 04.01. So 05.01. Mo 06.01. Di 07.01. Mi

Mehrfach ausgezeichnet durch den Bundesinnenminister, das Land NRW und die Filmstiftung NRW, Düsseldorf für ein herausragendes Jahresfilmprogramm  
 live - 9.12. - 20.00 - knipptel aus der sock 97 - new club - die bande des jahres - die with your boots on - beef brains - kein kino - adek looksw für ein 8.-week - 27.12. bread new good for you part 3 on your

**SOS-Rassismus Solingen e.V.**  
 VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

- organisiert Aktionen, Veranstaltungen und Projekte um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern (Internationale Festivals, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, Kulturveranstaltungen etc.)
- berät, vermittelt und hilft Menschen, die rassistischen Bedrohungen oder Diskriminierungen ausgesetzt sind.
- ist im Bereich der Flüchtlings- und Asylarbeit aktiv.
- arbeitet mit vielen Initiativen zusammen und unterstützt deren ehrenamtliche Arbeit.
- ist wachsam gegenüber ausländerfeindlichem Verhalten und rechtem Gedankengut.

Informationen unter: Postfach 101191 · 42611 Solingen  
 Telefon (0212) 201000 · Fax (0212) 205137

Menschen, die sich gerne ehrenamtlich engagieren oder Mitglied werden wollen sind herzlich willkommen.

Spendenkonto 31310  
 Stadtparkasse Solingen  
 BLZ 34250000

<b>THE SISTERS OF MERCY</b> COME & SEE 'EM LIVE - COULD BE THE LAST TIME!	22.01
<b>PIET KLOCKE</b> AUSVERKAUFT	03.01
<b>Hans-Dieter Hüscher</b> "Sach ma nix"	09.02
<b>Mutterweier</b>	17.02
<b>THOMAS FREITAG</b>	30.03
<b>GETAWAY!</b>	
<b>BELL BOOK &amp; CANDLE + VIVID</b>	04.12
<b>REGGAE SUPER FEST '97</b> SUGAR MINOTT - FRANKIE PAUL MARCIA GRIFFITHS - GIRLZTOWN	08.12
<b>FIDDLER'S GREEN</b> Irish Independent Speedfolk Ab 22.30 Disco "Nightshift"	13.12
<b>TILL &amp; OBEL</b> "UNS KANN KEINER TEIL II"	15.12
Weihnachten mit <b>RICHIE &amp; DEN THEKENSCHLAMPEN</b>	22.12
<b>HOSSA PARTY</b> der etwas andere schlager & ndw-trip Djs Carsten Weiß & Frank Ott Moderation Atze Schroder Animation: Mambo Kurt Autogrammsunde mit Guido Horn Premierung des schrillsten Schlagerostiffs Preise: Reisen nach London, Paris und Prag Fotosession im biederer 50er Wohnzimmer	29.12
<b>All-All</b> "NO MAN ISLAND" Toune '88	20.01
<b>Bill Evans</b>	10.03
<b>Guido Horn</b>	21.03
<b>JEDE WOCHE 300 MINUTES</b> HIP HOP HOUSE HEAVY DRUM & BASS ALTERNATIVE	Mi
<b>DIE WILDE 13</b> MUSIK AUS 13 NÄHEREN GETAWAYS	Do
<b>SCHWEISS NASS</b> HIP HOP ALTERNATIVE POP DISCO HOUSE	Fr
<b>NIGHTSHIFT</b>	Sa
<b>GROOVE INVASION</b> Acid Jazz HipHop Soul Alternative 70ies	So
<b>HERZ BEIßT HAIFISCH</b>	27.12

## Gruppeninfos

**AG Weiße Rose:** Treff jeden Di. 18 Uhr im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

**amnesty international:** Treff jeden ersten Mi. 20 Uhr, Kontakt unter 4 15 78

**Autonome Antifa:** Kontakt: Postfach 10 09 31

**VVN / Bund der Antifaschisten:** Kontakt: Nicole Thiele, Solingen, Neustr. 27, Tel.: 81 95 15

**Bürgeraktion contra Westtangente:** Treff jeden ersten Di. 19.30 Uhr im Gemeindezentrum der Lutherkirche, Kontakt unter Tel.: 1 78 45

**Café International:** Treff jeden ersten Fr. im Monat, 19 Uhr, Wupperstr. 120

**Den Krieg überleben:** Kontakt: H. Reckwerth, Am Eckbusch 39/85, Wuppertal, Tel.: 72 25 23

**Frauengruppe International im Frauenverband Courage:** Treff Fr. 12.12. 97, 19.30 Uhr und danach 14tägig im Cafe Courage

**Frauenhaus:** Telefon: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Albrechtstr.12, Tel.: 55470

**Graue Panther:** Werwolf 57a, Tel.: 20 70 14

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Telefon: 8 05 23

**RBN:** Jahreshauptversammlung am 8.12.97, 19.30h, Grundschule Westersburg, Tel.: 32 96 42

**Schwuler Stammtisch:** Jeden Fr. 20 Uhr im Café Cobra, Merscheider Str. 77-79

**SJD-Die Falken:** Richard-Wagner-Str.96, Tel.: 58 61 87

**Solinger Appell:** Treff: Di. 2.12. 97, 19.30 Uhr, danach 14tägig, Werwolf 57a, 42651 Solingen

**SOS-Rassismus:** Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37

**tacheles:** Treff: Di. 9.12. 97, 20 Uhr, danach 14tägig, Werwolf 57a, 42651 Solingen

**Türkischer Volksverein:** Tel.: 20 48 45

## Treffpunkte

**Café Courage:** Klemens-Horn-Str. 3, Geöffnet: Mo. 15-19 Uhr, Di.-Fr. 11-19 Uhr (nur Frauen), So. 10-14 Uhr (Familientag), Tel.: 27 36 35

**Intertreff:** Van-Meenen-Str. 1, Tel.: 20 48 45, Mo., Di., Mi. 18-21 Uhr Folklore für Jugendliche, Do. Treff d. Türkischen Volksvereins, Fr. 18-21h, Folklore für Kinder, Sa., So.: Café und Vorträge

## Bürgerfunktermine

Bürgerfunk - das andere Radio! 19.04 h über den lokalen Sender 94,3 MHz u. 99,95 MHz (Kabel).

Mo 01.12. **Nightstorm** - Harter Rock aus dem Studio der Gewerkschaften

Di 02.12. **Radiostammtisch Solingen**

Mi 03.12. **Radio Multikulti** Musiksending des Vereins Talklang

Do 04.12. **Radio Kraftstation** - Donnerzeit

Fr 05.12. **Radio Rockebilly** Musik aus den 50gern. Peter präsentiert allseits bekannte Musik und auch Raritäten kleinerer Labels.

So 06.12. **Full-House** Jugendmagazin der ev. Gemeinde Dingshaus

Mi 10.12. **Young Connection** Hardrock aus dem Gewerkschaftsstudio

Do 11.12. **Radio Kraftstation**

Mo 15.12. **Stechuhr** Gewerkschaftsmagazin

Mi 17.12. **Radio Kraftstation**

Do 18.12. **Radio Kraftstation** Die Freak Out Show

Fr 19.12. **Radio Klingenstein**  
Frido Schneiders lokales Magazin

So 21.12. **Ich grüße die Täler, ich grüße die Höhen** Bergische Mundart sending mit dem Bergischen Pitter Lothar Birkenstock.

Mo 22.12. **Die Hanggeschmedden** Weihnachtssending auf Solinger Platt

Di 23.12. **Kreuzblende** Sending des Kath. Bildungswerks

Mi 24.12. **Den "Heiligen Abend"** gestaltet das **Kath. Bildungswerk** (Halleluja!)

Do 25.12. **Radio Kraftstation** Subotnix

Mo 29.12. **Radio Grüne Welle** Sending der Kreisjägerschaft

Mi 31.12. **Silvester!** Auch diese Radiosending wird vom Kath. Bildungswerk gestaltet.

Andere hören Radio,  
Sie machen  
die Sendung!



Die Radiowerkstatt der Volkshochschule Solingen bringt Sie ins Radio!

**RADIO WERKSTATT**

Telefon: 20 84 58  
oder 290-24 70

**vhs**  
Solingen